

Eine Bilanz von Links

Frank Deppe, Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 332 Seiten, 24,80 Euro

Frank Deppe hat den ersten Teil des letzten Bandes seiner Trilogie „Politisches Denken im 20. Jahrhundert“ vorgelegt. Er behandelt die politische, ökonomische und geistige Re-entwicklung des Kapitalismus dieser Zeit. Der zweite Teil des Bandes wird u.a. auf Arendt, Beauvoir, Sartre, Abendroth, Galbraith und Che Guevara eingehen. Deppe versteht diese Skizze als Beitrag zu einer Kapitalismusanalyse, deren kritische Qualität sich darin ausweist, dass sie die historische Entwicklung der Kapitalakkumulation als Bewegung sozialer Widersprüche und ökonomischer Krisen versteht und die damit verbundenen Vergesellschaftungsprozesse als konflikthafte Strukturen und Entwicklungen begreift, die Machtasymmetrien produziert und reproduziert, die relativ eigenständige Dimensionen des Politischen sind (13). Im politischen Denken sieht er den Stoff für politische Ideologien und für die Selbstvergewisserung der sozialen Akteure, in Sonderheit der historischen Blöcke. Solche Leitideologien waren für Deppe Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus, die sich im 20. Jahrhundert ausdifferenzierten und in neuen ideologischen Formationen neu konfigurieren, deren übergreifendes Merkmal, so ließe sich vielleicht sagen, das Moment der Radikalisierung war: der Konservatismus bildete die Richtung des radikalen völkischen und dann faschistisch-terroristischen Denkens heraus, der Sozialismus differenzierte sich in die

reformistische und die radikale (kommunistische) Strömung. Und im Liberalismus endlich ist in einer langen Aufstiegsepoche im letzten Vierteljahrhundert der „Neo-Liberalismus“ hegemonial geworden, der auf verschiedenste Weise versucht, die Kommodifizierung und Vermarktlichung von Natur und Gesellschaft radikal zuzuspitzen.

Der Band nun thematisiert die Periode des Ost-West-Konflikts bzw. des Kalten Krieges vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1991. Diese Zeitspanne schließt das Golden Age des Kapitalismus ein, eine „Periode außerordentlicher politischer und wirtschaftlicher Stabilität“ (11). In der Geschichte des modernen Kapitalismus nimmt diese Zeit eine „absolute Ausnahmeposition“ (21) ein, da für sie im Innern der kapitalistischen Zentralgesellschaften weithin ein globaler und durchdringender Klassenkompromiss zwischen Liberalismus und reformistischem Sozialismus prägend war, während die äußeren Beziehungen der Staaten der globalen Ordnung charakterisiert waren von der Bipolarität eines asymmetrischen Stellungskriegs zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus.

Sicherlich ist hier auch ausführlich vom politischen Denken und den Veränderungen der jeweiligen geistigen Situation der Zeit und der politischen Ideologien die Rede. Doch tatsächlich hat Deppe eine beeindruckende, konzise, kurze Geschichte der zentralen Entwicklungen des Kapitalismus nach 1945 geschrieben, die in dieser Weise bisher nicht vorliegt. Sie kann als einer der ersten Texte seitens der Linken gelten, der versucht, die zentralen Einschnitte

und Knotenpunkte dieses langen halben Jahrhunderts zu fassen und die bestimmenden Merkmale der einzelnen Phasen und Abschnitte zu benennen. Dies ist nach meinem Eindruck die vielleicht wichtigste Fähigkeit des Autors, die er nachgerade schon seit Jahrzehnten in seinen immer auch historisch angelegten Texten beweist: Aus den chaotischen Vielfältigkeiten des Geschichtsprozesses die Vermittlungen zu den Hauptprozessen zu erfassen, diese zu isolieren und die Umschwungspunkte, die Auf- und Abschwünge des ökonomischen „Framings“, der sozialen Bewegungen, politischen Konflikte und ideologischen Muster zu identifizieren. Deppe schlägt den LeserInnen Unterscheidungen, Relevanzen, Begriffe und Interpretationen vor, die in übergreifende Gliederungen des historischen Materials einmünden. Der Eindruck am Ende der Lektüre ist, dass man einer verständigen Beurteilung einer nahen historischen Epoche ein großes Stück näher gekommen ist.

Eine Reihe großer Auftritte auf den verschiedenen Bühnen der Weltpolitik gibt es in dieser Zeit: Zunächst wird der Niedergang Europas gegeben, das sich zwischen 1900 und 1945 in zwei Weltkriegen selbst zerstört hatte („Eine Weltgeschichte, die nicht mehr Weltgeschichte Europas ist, läuft an“, Freyer) und als „eingeklemmte Zwischenzone“ (Sloterdijk) zwischen den neuen Mächten fast ein halbes Jahrhundert braucht, um erneut das Ziel eines globalen Primats ins Auge zu fassen (Europäischer Rat in Lissabon 2000). Dann nach langem und erfinderischem Anlauf die schließliche Etablierung der USA als

hegemoniale „Führungsmacht“ (11) und einer Ordnung, welche die Formation des Kapitalismus nach 1945 prägt (Fordismus, „eingebetteter Liberalismus“ [Ruggie]). Die USA werden auch ungebrochen die Leitfigur bei der Überwindung der Krise dieser Formation im letzten Vierteljahrhundert – wo also auch in der Linken „höchst umstritten“ (Deppe) ist, ob sich heute dieser Zyklus der US-Hegemonie in seiner Niedergangphase befindet und das lange amerikanische Jahrhundert (Arrighi) jetzt allmählich zu Ende geht oder ob wir es nicht mit einer neuartigen globalen Disparität der Macht zwischen dem American Empire und dem „Rest der Welt“ (Bello) zu tun haben, die unerwartet auf Dauer gesetzt werden kann. Deppe steht den Decline-Thesen eher skeptisch gegenüber, bleibt aber bei der begrifflichen Charakterisierung der Führungsmacht (Hegemonie, Neoimperialismus, Empire) unentschieden und ist wenig präzise. Auf den großen Bühnen haben wir weiter die Pax Sowjetica der antagonistischen, nichtkapitalistischen zweiten Ordnung, die bis weit hinein in die komplexen und höchst ungleichzeitigen Verschiebungen der Übergangszeit 1965-1975 wirtschaftlich wie politisch aufstieg, bevor sie dann imperial überdehnt und im Inneren ausgepowert binnen gerade mal dreier Jahre das Kapitel des Staatssozialismus schloss, das mit dem Schlüsselereignis des letzten Jahrhunderts – der Oktoberrevolution – aufgeschlagen worden war. Endlich findet sich hier eine Dritte Welt, in deren differenzierter Entwicklung Ausbrüche aus dem Kapitalismus ebenso eine gewichtige Rolle spiel-

ten wie die sukzessiven Aufbruchfolgen sprunghafter kapitalistischer „Tigerstaaten“, aus denen im neuen Jahrhundert dann die neuen globalen Spieler Brasilien, Indien und China und ein asiatischer Machtraum entstanden, in dem viele den zentralen Ort des Kapitalismus der Zukunft sehen. Sie war immer viel mehr als eine bloße „Peripherie“, als welche sie manche, auch linke, Theoretiker bezeichneten. Deppe konzentriert sich auf Schlüsselakteure und umkämpfte Terrains, Kontinente und Ideen. Dass dabei stille Staaten (Kanada), interessante, aber nachgeordnete Regionen (Mittelamerika, Nordeuropa und große Teile Osteuropas) und gewichtige Aspekte der soft power (Massenmedien etc.) unterbeleuchtet bleiben, ist offensichtlich.

Die lange Zeit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, das sicherlich als eine der schrecklichsten und zukunftsfähigsten Epochen der Menschheitsgeschichte gelten kann, teilt Deppe in vier Abschnitte:

(1) der Kalte Krieg, die bipolare Weltordnung und das Golden Age, die Zeit des Wachstums und der „Macht des liberalen Denkens“ (148) also, in der Atomzeitalter, warfare capitalism und konsumistischer welfare capitalism („der wichtigste Beitrag des sozialdemokratischen Flügels der europäischen Arbeiterbewegung zur Veränderung des Kapitalismus“ (139)) synchron liefen und für welche die Verkoppelung von sozialstaatlichem Klassenkompromiss nach innen und feindstaatlichem Klassenkrieg nach außen charakteristisch war.

(2) Die Zeit des Übergangs 1965-

1975 – die Erosion der alten Ordnung des Fordismus und einer kurzen Wende nach links. Hier läuft ein politischer Kampfzyklus aus, der in den Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus begonnen hatte, und es begann ein neuer kurzer Zyklus, in dem sich die Kräfteverhältnisse erstmals seit der kurzen Reaktionsphase 1945/47 nach Kriegsende wieder nach links verschoben. Diese neue Dynamik, die ihren Gipfelpunkt im Jahrfünft zwischen 1967/8 und 1973 hatte, ging weit über die Grenzen der Arbeiterbewegung hinaus und gab dem Geist des utopischen Kommunismus (Touraine) in Gestalt der ziemlich jugendbewegten Studierendenbewegung und ihres kulturevolutionären Milieus einen prächtigen und sehr nachhaltigen letzten Auftritt. Die UdSSR und ihre Verbündeten waren auf dem Zenit ihrer Zeit angelangt. Im Schatten der politisch-kulturellen Dynamik aber entstand auf einem ganz anderen Feld – der Ökonomie – die Gegendynamik. 1973 war hier das Scheidejahr: Bretton Woods brach auseinander, die Geschichte der europäischen Währungsunion begann, die Wachstums- und Regulierungskrise des fordistischen Kapitalismus setzte ein, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung explodierten gleichermaßen und die Profitraten sanken im Zeichen der Überakkumulationskrise. Scharfsichtig vermerkt Deppe: „Die 1970er Jahre zeichnen sich mithin durch eine eigentümliche Ungleichzeitigkeit aus. Die Kräfte der sozialen Bewegungen, die Ende der 1960er Jahre ‚entfesselt‘ werden, wirken bis zum Ende der 1970er Jahre – über die neuen sozialen Bewe-

gungen, die erstarkten Gewerkschaften und ihre Mobilisierungsfähigkeit und auch über die Stärkung der politischen Linken (...). Gleichzeitig markieren die Jahre 1974/75 einen Wendepunkt, dessen politisch-strategische Bedeutung erst später bewusst wird.“ (230/1). Es setzt das Scheitern des Korporatismus ein (bis 1980/81), was die Grundlage der Krise der Sozialdemokratie in Westeuropa war. Die kurze Zeit, in der die Arbeiterparteien zum „Gravitationszentrum westeuropäischen Regierens“ (Arrighi) werden konnten, war vorbei. Deppe: „Das Versagen der westeuropäischen Arbeiterbewegung und ihrer Intellektuellen bestand gerade darin, dass sie die strategische Bedeutung der Wende von 1974/75 nicht erkannten und dass sie auch in den Folgejahren unfähig blieben, die strategischen Herausforderungen der Fordismuskrise angemessen zu begreifen und dem Strategiewechsel der herrschenden Klasse und ihrer Ideologen (vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik) zum ‚Neoliberalismus‘ ein Gegenkonzept entgegenzustellen.“ (232) Es beginnt die neue „Existenzkrise der Arbeiterbewegung“ (233) – nach 1914-1918 und 1933 ist es die dritte große Krise dieser wichtigsten sozialen Bewegung des letzten Jahrhunderts. Die Scharnier- und Schlüsselfunktion der Friedensbewegung seit Ende der 70er und der globalisierungskritischen Bewegung seit den frühen 90er Jahren bis hin zu den riesigen Demonstrationen gegen den Irakkrieg als den großen Laboratorien, in deren Räumen die Umstellung dieser damals noch „neuen“ sozialen Bewegungen auf den Kampf gegen den

neuen Neoliberalismus erfolgte – sie allerdings bleibt in Deppes Darstellung stark unterbelichtet (vgl. 230).

(3) Die neoliberale „Gegen-Revolution“, der Zusammenbruch des Realsozialismus und das Ende des Kalten Krieges, in deren Ergebnis sich eine neue Formation des „flexiblen High-Tech-Kapitalismus“ zu bilden beginnt – dies ist die dritte Phase dieser Geschichte. Es betreten nun jene Spieler die Bühne, welche die Trends der 60er und 70er Jahre zurückdrehen wollen: Deng, Khomeni, Woytla, Thatcher, Reagan, Gorbatschow. Der Neoliberalismus, den Deppe als neue Synthese von Wirtschaftsliberalismus und konservativen Wertorientierungen (Rechts-, Ordnungs- und Sicherheitsstaat, Familie, Religion, Patriotismus) bezeichnet, gewinnt. Im herrschenden Block gibt es einen Strategie- und Positionswechsel: „Die Fraktion des großen nationalen Industriekapitals verlor ihre führende Position innerhalb des fordistischen Machtblocks – demgegenüber wurde die Machtposition des Managements der transnationalen Konzerne sowie des global operierenden Finanzkapitals (Banken, Versicherungen, institutionelle Anleger etc.), die sich in einer neuen transnationalen Klasse formieren (Sklair 2001), aufgewertet. (...) Mit dem Ende der ‚Golden-Age‘-Periode löste sich so der ‚Klassenkompromiss‘ zwischen Liberalismus und reformistischem Sozialismus auf.“ (254f.). Deppe parallelisiert die Krise des Kapitalismus 1929/32, die mit einer Verschiebung nach links einherging, auf welche dann das ambitionierte Projekt des imperialistischen Radikalfaschismus reagierte, mit der „großen Krise“

(258) des Fordismus 1965/67, an deren Ende als Reaktion auf die zeitweilige Linkswende die radikalliberale Antwort des Neoliberalismus mitsamt seiner US-amerikanischen Variante eines neoliberalen Empire stand. Die Kohärenzen zwischen keynesianistischer Wirtschafts- und Vollbeschäftigungspolitik und dem Ausbau des Sozialstaats zerbrechen, eine neue Produktions- und Arbeitsweise beginnt sich zu etablieren, das „neue Akkumulationsregime der Vermögensbesitzer“ (Aglietta) etabliert ein globales Geld-, Finanz und „Marktregime“ (263), dessen „Management“ (264) die USA übernehmen. Die Mauer fällt, die Sowjetunion dankt ab, der Kalte Krieg ist zu Ende. Offen bleibt hier, ob (und wenn ja wie) wir ein „globales“ Subjekt dieser Regimes zu denken haben – gegenüber den ausführlichen Skizzen anderer Klassen, Blöcke und Bewegungen wird diese Frage weitgehend zurückgestellt (vgl. 120, 142ff.).

(4) Endlich die vierte neue Zeit: die „Neue Weltordnung – ‚Ende der Geschichte‘ oder Übergang in die Barbarei?“ Knapp nur der abschließende, eher abwartende und etwas eigentümlich unentschiedene Ausblick Deppes auf die Gegenwart und keine Begründung für die von ihm gewählte Überschrift, deren Sinn dem Leser eher verschlossen bleibt: Es gibt eine Neue Weltordnung (Globalkapitalismus?), ein Ende der Geschichte (Fukuyamas Rede vom ewigen Kapitalismus) oder ein „Übergang in die Barbarei“ – also die Anrufung einer womöglich neuen kapitalistischen Barbarei. Die Alternativlosigkeit dieser Formulierung kontrastiert zum

letzten Zitat des Buches von Deppe, das eine optimistische Formulierung von Göran Therborn aus dem Jahr 1992 wiedergibt: „Die zentralen Werte der sozialistischen Kultur – universelle Gleichheit und Solidarität – bleiben intakt.“ (300) Die spürbaren neuen Legitimationskrisen des Neoliberalismus stehen dafür. Gleichwohl: Offenbar ist es schwierig, auch aus einer solch’ konzisen Skizze des letzten halben Jahrhunderts einen sicheren Zugriff auf absehbare Entwicklungsrichtungen und Konflikte zu entwickeln. Der Übergang von kritisch-historischer Analyse zur Zukunftsforschung (auch so ein altes Wort aus dieser Zeit) hat seine eigene Methodologie.

Auf Deppes Untersuchung des politischen Denkens in dieser Zeit der Kälte und Kriege, des zerbrechenden Kommunismus und der kapitalistischen Kontinuität kann man gespannt sein. Schreib schneller, Genosse!

Rainer Rilling

Gegengeschichte des Liberalismus

Domenico Losurdo, Controistoria del liberalismo. Laterza, Bari 2005, zweite Auflage 2006, 376 S, 24 Euro

Hannah Arendt schrieb 1963 in „Über die Revolution“, die Gründung der Vereinigten Staaten von Nordamerika sei ein auf Freiheit gegründetes politisches Projekt gewesen. Die Versklavung der Schwarzen sei dort im Unterschied zu Europa Teil der sozialen Frage geworden. Diese Behauptung von Hannah Arendt nimmt der auch in Deutschland seit langem bekannte italienische

Philosoph aus Urbino zum Anlass seines Buches *Gegengeschichte des Liberalismus*. Hannah hat bekanntlich Unrecht. In Frankreich wurde die Sklaverei im Februar 1794 unter der faktischen Dominanz der Jakobiner abgeschafft, während sie in den USA zu dieser Zeit erst eigentlich in immer größerem Ausmaß begann.

Losurdo bietet eine minutiöse Geschichte der USA, ihrer Selbst- und Fremddarstellung und bezieht die intellektuellen Wegbereiter des Liberalismus ein wie etwa Locke, Mandeville, Montesquieu, Hume. Ebenso kommen Gegner des Liberalismus im vorrevolutionären und revolutionären Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts zu Wort. Hinsichtlich des unverdächtigen Tocqueville werden pikante Nachweise geliefert, dass er weitaus imperialistischer dachte als der als Rassist bekannte Gobineau.

Es geht dabei nicht um eine historische Spezialstudie, sondern um die Beantwortung der Frage, was der Liberalismus eigentlich sei. Losurdo verbindet auf diese Weise zwei gewöhnlich getrennt behandelte Themen, die Geschichte des Liberalismus und die Geschichte der Vereinigten Staaten. Eine Pointe der Darstellung besteht in dem, was der Verfasser offenbar absichtlich auslässt. Wäre diese Studie vor zehn Jahren erschienen, so hätte man vermutlich geurteilt, dass hier lediglich die Vergangenheit angesprochen werde, die inzwischen von der Gegenwart überholt sei. Im Licht von Phänomenen wie Abu Ghraib, Guantanamo und Geheimgefängnissen werden sich in dieser Hinsicht starke Zweifel einstellen. Das Buch gibt dem scheinbar

Vergangenen eine grausame Aktualität.

Gegengeschichte des Liberalismus bedeutet für Losurdo nicht eine Wiederholung der bekannten Argumente. Der Leser findet daher nicht noch einmal die Vorwürfe, dass der Liberalismus die Gesellschaft in Individuen atomisiere, dass er das Gemeinwohl zugunsten des Privaten vernachlässige, dass er ökonomistisch sei, moralischen Skeptizismus vertrete und dass seine Menschenrechte nur Egoismus förderten. 1993 erschien in Harvard *The Anatomy of Antiliberalism* von Stephen Holmes. Dieser meinte die genannten Kritiken des Liberalismus alle widerlegt zu haben. Für Holmes versammelt Liberalismus religiöse Toleranz, Redefreiheit, repräsentative Regierung und Marktwirtschaft. Die liberalistische Betonung des Privateigentums unterstehe einer Gemeinwohlverpflichtung der Individuen. Zudem diene es der politischen Opposition: „Politische Opposition ist nur dann machbar, wenn einige Ressourcen außerhalb des Staates dessen Zugriff entzogen bleiben.“ Der Verdacht ist schwer zu entkräften, dass mit dieser These die von Marx behauptete instrumentelle Stellung des Staates in der Hand der Eigentümerklasse ungewollt erneuert wird.

Losurdos Buch behandelt schwerpunktmäßig ein Paradox: Die vom Liberalismus verkündete Freiheit erweist sich als Freiheit der Weißen und geht in den USA einher mit einer zuvor unbekanntem rassistisch begründeten Sklaverei, in welcher die Sklaven als Waren gehandelt werden. Hingewiesen wird auch auf die in Europa selten bemerkte Praxis

Großbritanniens, die katholische irische Bevölkerung als Kolonie von Halbsklaven zu behandeln.

Großbritannien und weitgehend auch Lateinamerika hatten Mitte des 19. Jahrhunderts die Sklaverei abgeschafft. In den USA dagegen war sie von etwa 330.000 in Gesamtamerika um 1700 auf über 6.000.000 in der Mitte des 19. Jahrhunderts angewachsen. Die damit verbundene „absolute Macht des Menschen über den Menschen“ bezeichnet Losurdo als „liberale Welt“. Treffend verweist er auf zwei zuvor unbekannte Züge der Sklaverei, auf ihre rassistische Grundlage und ihre Verwirtschaftlichung. Der englische Begriff dafür ist die „chattle slavery“, das heißt die Nutzung des Sklaven als bewegliches Gut. Zur Erinnerung: In der römischen Kaiserzeit wurde das Sklavenrecht so modernisiert, dass dem Sklaven natürliche Menschenrechte zukamen, nämlich das Recht auf Ehe, auf Vermögen und Freikauf. Verboten wurde unter anderem auch das Recht des Herren auf Folterung und Tötung seiner Sklaven. Kinder von Freien und Sklaven waren automatisch Freie. Nichts davon in der „chattle slavery“.

Losurdos Buch bildet ein weiteres Glied in einer Kette der Chroniken von Verbrechen gegen die Menschheit, die Christentum und Liberalismus zu befreien behaupteten wie *Welteroberung und Christentum* von Horst Gründer (1992), *American Holocaust* von David E. Stannard (1992) oder *A little Matter of Genocide. Holocaust and Denial in the Americas 1492 to the Present* von Ward Churchill (1997). Aus Losurdos Darlegungen folgt zwingend, dass der

Liberalismus ein anderes Verhältnis zu seiner Vergangenheit gewinnen müsste. Doch vermag er dies, ohne sich selbst preiszugeben? Losurdos Buch geht alle an. Dringend wäre daher, dass es auch ins Deutsche übersetzt wird.

Bernhard H. F. Taureck

Zwischenzeitlich abseits

Karl Marx / Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung. - Dritte Abteilung: Briefwechsel. Bd. 11: Briefwechsel Juni 1860 bis Dezember 1861. Bearbeitet von Rolf Dlubek und Vera Morozova. Unter Mitwirkung von Galina Golovina und Elena Vashchenko. Akademie Verlag, Berlin 2005, 1467 Seiten – 178,00 Euro

Mit erfreulicher Regelmäßigkeit kommt die Brief-Abteilung der Marx-Engels-Gesamtausgabe voran. Band III/11 umfaßt die Korrespondenz zwischen dem Juni 1860 und dem Dezember 1861. Er enthält insgesamt 286 Briefe, darunter 133 von Marx und Engels, von denen einer hier erstmals veröffentlicht wird. Neu sind vor allem die Schreiben von Dritten. Sie beleuchten den Kontext, in dem die beiden Gründer des Historischen Materialismus 1860/61 agierten.

Es war unverkennbar eine besonders schwierige Zeit, nicht nur für den unverändert von Geldnot geplagten Marx, sondern auch für Engels, der sich in Manchester gegen seinen Kompagnon Ermen behaupten mußte. Eine stärkere Belastung war die Gefahr der politischen Isolierung. Marx

und Engels gerieten für kurze Zeit in die Gefahr, Alt-Achtundvierziger zu werden, an denen neuere Bewegungen und Entscheidungen vorbeigingen:

In Deutschland entstand der Nationalverein, dem sich in den nächsten Jahren einige der früheren Mitstreiter annähern sollten. Italien wurde zum Schauplatz eines Konflikts, in dem sich eine Analogie der späteren „kleindeutsche Lösung“ abzuzeichnen begann: Piemont-Savoyen spielte die Rolle Preußens, eine demokratisch-nationale Volksbewegung kam auf die Dauer nicht zum Zug. Die Parallelen und Differenzen zwischen Marx/Engels einerseits, Lassalle andererseits bei der Beurteilung der italienisch-französisch-österreichischen Interessenlage können nicht verdecken, daß die Debattanten auf den Status von Zuschauern beschränkt blieben. In dieser Atmosphäre fand die bittere Auseinandersetzung Marx' mit dem ehemaligen „Reichsregenten“ Vogt, der nunmehr im Sold Napoleons III. stand, statt. Produktion, Finanzierung und Vertrieb einer Streitschrift gegen ihn raubten Zeit, die für das Vorantreiben des wissenschaftlichen Werks nicht genutzt werden konnte.

Marx und Engels versuchten die Isolierung zu vermeiden, indem sie testeten, inwieweit sie in Deutschland wieder Fuß fassen konnten. Die Rückkehrmöglichkeiten für ehemalige Achtundvierziger verbesserten sich allmählich. 1860 reiste Marx nach Berlin, wurde von Lassalle und der Gräfin Hatzfeld freundlich aufgenommen und gefördert und bemühte sich mit ihrer Unterstützung (aber vergeblich) um die Wiedererlangung der preußischen Staatsbürgerschaft. Engels wurde Korrespon-

dent der „Allgemeinen Militär-Zeitung“ in Darmstadt, bei der er sich mit Hinweis auf seine Dienstzeit als einjährig Freiwilliger, aber auch mit dem Bekenntnis einführte, er habe „in Baden den Feldzug von 1849 auf Seite der Insurgenten mitgemacht.“ Taktisch gemeint ist wohl die Einschätzung in dem Bewerbungsschreiben: „am Ende ist doch außer [Ruß]land nur England unser natürlicher & nothwendiger Alliierter gegen den Bonapartismus.“ Daß er Letzteren als Hauptfeind sah, ist Engels' tatsächliche Position. Wie aber kommt er zur Einschätzung Russlands?

Die Briefe zeigen ein breites Panorama der verbliebenen demokratischen Opposition am Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Unangenehm berührt ein weiteres Mal die nicht aufrichtige Haltung zu Lassalle. Marx' Flirtbriefe an Nannette Philips sind zugleich geistreich und in einigen Wendungen wieder nicht sehr vorteilhaft.

Die Textwiedergabe ist von der Sorgfalt, die längst ein Markenzeichen nicht nur der MEGA insgesamt, sondern auch des Bearbeiter(innen)-Teams um Rolf Dlubek und Vera Morozova ist. Eine ausführliche Einführung gibt wichtige Informationen zur Entstehungsgeschichte der Briefe. Die Erläuterungen sind zugleich knapp und faktenreich: kein Wort zu viel, und doch wird alles gesagt, was die Benutzer nicht nur im deutschen Sprachraum benötigen, um mit dieser Ausgabe erfolgreich arbeiten zu können.

Georg Fülberth

Anatomie der russischen Elite

Olga Kryschtanowskaja, Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 2004, 281 Seiten, 19,90 Euro

Erst kurz vor dem Ende der UdSSR konnten sowjetische Soziologen mit Elitenstudien beginnen und nach der sozialen Herkunft, dem Bildungsweg und beruflichen Werdegang, den Karrieremustern der Eliten fragen – jener Personen, die in Politik und Wirtschaft Entscheidungen mit Folgen für das ganze Land trafen. Zuvor war dies nicht möglich: „Vor 1989 war alles, was die Herrschenden des Landes betraf, ein streng gehütetes Geheimnis. In der Sowjetunion war Elitenforschung verboten, ja nicht einmal der Begriff ‚Elite‘ durfte gebraucht werden. Michail Voslenskij's Buch ‚Nomenklatura‘ trug den Vermerk ‚streng geheim‘ und stand in einem einzigen Exemplar in der Bibliothek des ZK der KPdSU.“ (9).

1989 wurde am Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften unter seinem neuen Direktor Wladimir Jadow der von Olga Kryschtanowskaja geleitete Sektor Eliteforschung gegründet, der in den folgenden Jahren mehr als 50 Veröffentlichungen u.a. über die Sozialstruktur der politischen Führung, der neuen Reichen, der Regionaleliten, über die Rolle der Frauen im Transformationsprozess, über die Macht der Großbanken herausgab. Basis dieser Studien waren Massen- und Expertenbefragungen, Biographieauswertungen und statistische Analysen. Der hier vorgestellte Band ist eine

Zusammenfassung der bisherigen Studien und umfasst den Umbruchzeitraum 1981 – 2003, an dessen Beginn die Breschnew'sche und an dessen Ende die Putin'sche Elite stehen, welche jeweils die Gorbatschow'schen und Jelzin'schen Kohorten zeitlich einrahmen. Die untersuchten Gruppen umfassen zwischen 778 und 2523 Personen. Von ihnen wurden die maßgeblichen politischen und ökonomischen Entscheidungen getroffen, als deren Folge nicht nur die Struktur der Gesamtgesellschaft, sondern auch die der Eliten selbst verändert wurde.

Das traditionelle sowjetische Verfahren zur Ergänzung der Elite durch Kaderauswahl seitens der vorgeordneten Parteistellen und nachfolgende Akklamation, welches vor allem das Ziel personeller Kontinuität und politischer Stabilität verfolgt hatte, wurde im Verlauf der Perestroika aufgesprengt. Einen Wendepunkt markierte das Gesetz „Über die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR“ vom Dezember 1988, nach dem für jedes Mandat eine unbegrenzte Zahl von Kandidaten aufgestellt werden konnte. Die Wahlen von 1989 veränderten die Zusammensetzung des Obersten Sowjets wesentlich: „Nicht mehr die Nomenklatura stellte die stärkste Abgeordnetengruppe, sondern die Akademiker, die ihren Anteil auf das Fünffache (von 7 auf 35 Prozent) erhöhen konnten. Die Vertretung der Wirtschaftsführer [wuchs] fast auf das Dreifache an.“ (49) Der Anteil von Frauen ging stark zurück. Wichtig wurde der Einzug von ehemaligen Dissidenten und neuen Reformern – „diese Gruppe von Abgeordneten wurde zum Rammbock, unter dessen

Stößen die Mauern der alten Sowjetordnung zerbrechen“ (49). Zugleich führte Gorbatschow tiefgreifende personelle Veränderungen im Zentralkomitee durch; die Verfasserin spricht von einer in „der sowjetischen Nachkriegsgeschichte beispiellosen Säuberung des höchsten Parteigremiums“ (51).

Die noch weithin unbekanntenen „demokratischen Reformer“ bildeten ein wesentliches Rekrutierungsfeld der Jelzinzeit. In ihrem Führungspersonal verdreifachte sich der Anteil der Personen, die früher nicht zur Machtelite gehört hatten, während sich der Anteil der ländlichen Vertreter sowie jener der Frauen halbierte. Der besonders für die zweite Hälfte der 1990er Jahre charakteristische Zerfall formeller Machtstrukturen führte zum Aufstieg konkurrierender Eliteclans („Familie“ Jelzins, Leibwache, undurchsichtige Berater, Geschäftsleute, Favoriten und Grauen Eminenzen, Oligarchen, Personen, die den Zugang zum abwesenden Präsidenten kontrollierten). Es bildete sich eine Art „Regentschaft“ heraus, die „in keiner Weise legitimiert war“ (122). Die Fragmentierung der Macht schritt fort, das Vertrauen in die politischen Institutionen sank.

Das politische System unter Putin mit den Begriffen Wiederherstellung der Machtvertikalen, Militokratie, Neoautoritarismus umrissen. Bereits kurze Zeit nach seiner Wahl zum Präsidenten im März 2000 gelang es Putin, die Zentralmacht gegenüber den Gouverneuren zu stärken, indem er sieben Föderalbezirke als mit weitreichenden Aufsichts- und Kontrollbefugnissen ausgestattete Zwischeninstanzen schuf,

an deren Spitze Bevollmächtigte des Präsidenten und eine Vielzahl von Inspektoren standen. Der bisherige Föderationsrat wurde umgestaltet und geschwächt. Die Gouverneure wurden seit 2004 nicht mehr direkt von der Bevölkerung, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von den regionalen Parlamenten gewählt. Weiter gelang es der Exekutive, den Einfluss kritisch eingestellter Medien, der Duma, der Oppositionsparteien, der Wirtschaftseliten, der „Bürgergesellschaft“ zurückzudrängen und mithilfe „administrativer Mittel“ einen eigenen politischen Unterbau zu schaffen – etwa in Form der Partei „Einheitliches Russland“, die eine Zweidrittelmehrheit in der Duma besitzt.

Das Personal der erheblich vergrößerten staatlichen Apparatur rekrutierte sich unter Putin in großem Umfang aus Militär- und Sicherheitsleuten. Nach 1991 waren etwa 300.000 hohe Offiziere freigesetzt worden, die dann oft in der privatisierten Wirtschaft Arbeit gefunden hatten, bevor sie nun wieder – in umfangreichen Netzwerken und „Bruderschaften“ verflochten – in führender Position im Staatsapparat oder im wieder erstarkten staatlichen Wirtschaftssektor Fuß fassen konnten. „Nach dem Sieg des Oberstleutnants der Staatssicherheit Wladimir Putin bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000 ergoss sich ein Strom von Uniformträgern in die Machtstrukturen. Heute kommt in Russland jeder vierte Angehörige der Elite aus den bewaffneten Organen. Und ihre Zahl wächst weiter“ (150). Ihre Denkformen – patriotische oder slawophile Ideen, Großmachtvorstellungen, Den-

ken und Handeln in Befehls- und Gehorsamsstrukturen, Verlangen nach zentralisierter Kontrolle der Gesellschaft, Ablehnung demokratischer Leitungsmethoden – sind, so die Autorin, einer Demokratisierung Russlands nicht förderlich. Aber die russische Öffentlichkeit wartete nach den Zerfallserscheinungen der Jelzinzeit „schon lange darauf, dass die berüchtigte ‚starke Hand‘ Ordnung im Lande schuf“ (152). Die staatlichen Ausgaben für Militär, Sicherheitsapparate und Justizorgane hat sich 2000 bis 2005 mehr als verdoppelt (167).

Im zweiten Teil des Buchs analysiert die Autorin im Detail die Privatisierung des staatlichen Eigentums in ihren verschiedenen Etappen. Im Prozess der Trennung von Staat und Wirtschaftseigentum, der Transformation von politischer Macht in Besitz und Geld bildete sich eine neue ökonomisch herrschende Klasse heraus. Dieser Transformationsprozess begann bereits zur Zeit der Perestrojka. Ein wichtiges – damals kaum beachtetes – Datum war der 25. Juli 1986, die Geburtsstunde der „Komsomolwirtschaft“. Damals stimmte das ZK der KPdSU dem Vorschlag des ZK des Kommunistischen Jugendverbands zu, die „wissenschaftlich-technische Arbeit der Jugend“ zu entwickeln, indem zentrale und örtliche Komsomolorganisationen das Recht auf eigenständige ökonomische Aktivitäten erhielten – etwa in Form von Verträgen mit Betrieben, von Erfinderkollektiven, von eigenen Produktionsstätten, Joint Ventures und Außenhandelsoperationen. Auf diese Weise sollten das intellektuelle Potential der Jugend erschlos-

sen, Engpässe in der Produktion beseitigt und neue Technologien entwickelt werden; die Jugendunternehmen waren von Einkommenssteuer und Gewinnabführung befreit und sollten rentabel wirtschaften. Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Konsumgütermangels entwickelte sich rasch eine blühende Tausch- und Marktwirtschaft, die nicht wenige Jugendfunktionäre (unter ihnen auch Michail Chodorkowski) innerhalb kürzester Zeit zu Millionären machte. 1990 existierten etwa 4.000 Wirtschaftsunternehmen verschiedenster Art sowie 17.000 Genossenschaften mit über einer Million Beschäftigten bei den Komsomolkomitees, aus deren Obhut sich die neuen Betriebe allmählich lösten. Zwar gab es gelegentlich seitens der KPdSU Kritik an der Komsomolwirtschaft, welche die „Privateigentümer-Instinkte“ entfessele und die Entpolitisierung der Jugend fördere, aber dieser Jugendkapitalismus war nicht mehr zurückzudrängen, zumal er sich mit anderen Tendenzen zur Auflösung des Staatseigentums verband, die von der Partei selbst ausgingen.

Eine dieser Formen war sei Ende der 1980er Jahre der Handel mit Immobilien – die Veräußerung oder Verpachtung von zentral gelegenen Filetstücken, die der Partei oder dem Staat gehörten (Zeitungs- und Verlagsgebäude, Einrichtungen der politischen Bildung, Erholungsheime, Hotels, Wohnungen). Die Einnahmen flossen auf die Konten des Teils der Nomenklatura, der daran ging, ohne gesetzliche Grundlage Macht und mit ihr verbundenes Wissen in Geld zu verwandeln.

Ebenfalls noch in der späten Sowjet-

zeit, im Jahr 1989, begann die nach außen abgeschirmte „Privatisierung des Staats durch den Staat“, wobei staatliche Funktionsträger daran arbeiteten, sich die Bereiche des öffentlichen Eigentums privat anzueignen, die in ihrer jeweiligen Verantwortung lagen: aus Industrieministerien wurden Konzerne, aus Staatsbanken Kommerzbanken, aus staatlichen Verteilungskomitees Börsen. An die Spitze der in Aktiengesellschaften umgewandelten Betriebe traten ehemalige Minister, ihre Stellvertreter oder Vertrauten. Der von oben eingefädelt Nomenklatura-Kapitalismus entwickelte sich bedeutend rascher als der gleichzeitig entstehende Volkskapitalismus unten. Zwischen beiden Formen existierten kaum Berührungspunkte. Manche dieser Privatunternehmen wurden von den staatlichen Behörden mit gewinnsträchtigen Wirtschaftsoperationen beauftragt – Privatbanken führten für sie lukrative Finanz- oder Außenhandelsoperationen durch oder vertrieben Staatsanleihen, was einem weiteren Abpumpen öffentlicher Mittel gleichkam. Aus der kleinen Gruppe der „Beauftragten“ wurde später eine Kernzelle der Business-Elite.

So waren bereits wesentliche Weichen gestellt, bevor im August 1992 durch Erlass Präsident Jelzins die Massenprivatisierung durch Anteilscheine eingeleitet wurde. Diese an Betriebsangehörige verteilten Vouchers flossen rasch in die Hände der neuen Klasse von Privatbesitzern, die daran gingen, um ihre neuen Privatbanken herum große Industrie-Finanz-Gruppen aufzubauen.

Mitte der 1990er Jahre wuchsen diese weiter durch Wertpapierauktio-

nen, auf denen Insiderwissen und Beziehungen zu staatlichen Stellen in Wirtschaftsmacht umgewandelt wurde. Der in Geldnot steckenden Regierung wurden Kredite angeboten, wobei die Aktienpakete noch bestehender großer staatlicher Industrieunternehmen, vor allem auch Ölgesellschaften, als Sicherheit dienten. Wenig später wanderten zentrale Teile der Realwirtschaft (Öl- und Rohstoffförderung, Industrie und Bauwesen, Medien, Telekommunikation) in die weiten Taschen der Magnaten und Oligarchen.

Vor dem Krisenjahr 1998 war der Einfluss dieser Gruppe auf die Politik der Staatsspitze am größten. Jelzins Wiederwahl 1996 war ohne das große private Geld nicht möglich. Damals wurde in der Öffentlichkeit diskutiert, wer Russland eigentlich regiere – die Politiker oder die Oligarchen.

Nach 1998 und besonders nach dem Machtantritt Putins, der zunächst von den Oligarchen befördert und begrüßt worden war, änderte sich das Bild. Nach einem „Neutralitätsabkommen“ vom Mai 2000 versprach der neue Präsident, nichts gegen die Oligarchen zu unternehmen, wenn sie sich aus der Politik heraushielten. In den Folgejahren verloren jene Oligarchen Macht, Einfluss und Geld, die sich dem Willen der wiedererstarkten Exekutive widersetzen. Die Verhaftung Chodorkowskis im Oktober 2003 deutete auf erhebliche Machtverschiebungen zwischen politischer und ökonomischer Elite hin.

Die soziale Struktur der Business-Elite, wie sie sich in den 1990er Jahren herausgebildet hatte, unterschied

sich deutlich von jener der Gesamtbevölkerung. Als neue soziale Gruppe bestand sie vor allem aus jungen Menschen – sie war die jüngste aller Elitegruppen der Zeit nach der Perestroika. Sie rekrutierte sich fast ausschließlich aus Männern. Sie stammte, ganz anders als große Teile der alten Sowjeteliten, aus den Großstädten, vor allem aus Moskau und Petersburg. Die neue Business-Elite setzte sich von Anfang an aus gut ausgebildeten Menschen zusammen – weit mehr als 90 Prozent hatten einen Hochschulabschluss, vor allem in ingenieur-technischen Fächern, Jura oder Wirtschaftswissenschaften (Personen mit geisteswissenschaftlicher Bildung sind in den 1990er Jahren aus den führenden Wirtschaftskreisen faktisch verschwunden). Die Spitzenleute der Wirtschaft beherrschten Fremdsprachen, hatten Auslandserfahrungen und waren mit neuen Technologien vertraut. Ihre Berufslaufbahn hatten die meisten in den spätsowjetischen Machtapparaten (Komsomol, Partei, Sowjet-Exekutivkomitees, Ministerien) begonnen; andere stammten aus Nomenklatura-Familien.

Soziale Anatomie und Dynamik der politischen und ökonomischen Eliten in den verschiedenen Transformationsstapen werden in diesem Band auf der Grundlage umfangreicher statistischer und auch biographischer Materialien sorgfältig analysiert. Zum Schluss ein Wunsch an die russischen Soziologen: Wie schön wäre ein Parallelbuch, das die Schicksale der russischen Unterklassen und Transformationsverlierer, der Opfer der Eliten, untersucht und ihre materielle Lage, ihre vielfältigen und ein-

drucksvollen Überlebensstrategien in den Blick rückt!

Gert Meyer

Geschichte Afghanistans

Conrad Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, Verlag C. H. Beck, München 2004, 157 Seiten, 9,90 Euro.

Der Bonner Ethnologe Conrad Schetter hat eine kleine Geschichte Afghanistans vorgelegt. Wie bei vielen anderen nicht aus der Region stammenden Autoren ist die Darstellung weitgehend korrekt, soweit es sich um allgemeine Fragen handelt. Geht es jedoch um interne bzw. Detailspekte, kommt es bei fast allen zu vielen Fehleinschätzungen. Kürzlich habe ich deswegen sogar die Rezension eines Buches abgelehnt. Ich kenne keine nichtafghanische Publikation über Afghanistan ohne gravierende Fehler. Das trifft leider auch auf den Text von Conrad Schetter zu. Sehen wir von „Kleinigkeiten“ ab, wie beim Namen der 1924 gegründeten deutschsprachigen Nedjat-Oberschule in Kabul (14), die Amani-Oberschule hieß; oder daß der Krieg in Afghanistan 1979 „ausbrach“ (10), wobei Kriege ja von Menschen gemacht und auch begonnen werden; des weiteren der Begriff „Machtergreifung“ den Conrad Schetter durchgehend sowohl bei den „Kommunisten“ als auch bei den „Islamisten“ verwendet. Dieser Begriff sollte dem NS-Regime in Deutschland vorbehalten bleiben.

Die Ansicht, daß die Afghanen „den Zusammenbruch der Sowjetunion“ (13) und die Öffnung der „Berliner Mauer“ eingeleitet hätten, ist sehr

populär, und die afghanischen „Modjahedin“, Nationalisten und Chauvinisten fühlen sich dadurch sicher geehrt; wer sich aber mit den innenpolitischen Faktoren und den Stellungnahmen Michael Gorbatschows und seiner Entourage befaßt hat, wird zu einer anderen Einschätzung kommen.

„Das ethnische Konfliktpotential kam in Verlauf des Kriegs zum Tragen“, meint der Autor (13). Aufmerksame Beobachter haben dazu festgestellt, daß die „Modjahedin“, nachdem sie 1992 die Macht auf dem silbernen Tablett serviert bekommen hatten, die „ethnische Karte“ gezielt ins Spiel brachten, weil sie statt das Land gemeinsam zu regieren, den „Bruder-Krieg“ fortsetzten und die „Islamische-Karte“ in der Bevölkerung deshalb nicht mehr akzeptiert wurde, da es ja weder sowjetische noch afghanische „Kommunisten“ zu bekämpfen galt.

Zur Darstellung der deutsch-afghanischen Beziehungen während des Ersten Weltkrieges: Nach Conrad Schetter sollte eine Abordnung von Kaiser Wilhelm II. die afghanische Regierung davon überzeugen, „Britisch-Indien und Russland den Krieg zu erklären“ (14). Eher ist richtig, daß die afghanische Regierung für einen Krieg auf Seiten Deutschlands gegen Britisch-Indien gewonnen werden sollte. Von einer möglichen Kriegserklärung Afghanistans an Russland ist in der einschlägigen Literatur keine Rede.

Die Entwicklungshilfe der BRD findet zwar Erwähnung, jedoch erfährt der Leser nichts über ihre Ergebnisse. Es wird von den intensiven deutsch-afghanischen Beziehungen

gesprochen und von der Verbreitung der deutsche Sprache in Afghanistan, die „mit der kommunistischen Machtergreifung“ ein jähes Ende gefunden hätte. Tatsächlich wollte die afghanische „kommunistische“ Regierung mit allen, auch westlichen Ländern, ihre guten Beziehungen fortsetzen. In ihrem ersten Entwicklungsplan waren Projekte aller westlichen Länder darunter auch von den USA und der BRD vorgesehen. Die Regierung unter Nur Mohammad Taraki hatte von der Bundesregierung eine Zusage über 25 Millionen DM erhalten, ausgezahlt wurden sie jedoch nie. Nach der sowjetischen Intervention am 27. Dezember 1979 wurden die BRD-Entwicklungshelfer über die Deutsche Welle aufgerufen, Afghanistan zu verlassen. Stattdessen erfolgte die Hilfe der BRD über die pakistanische Regierung an die Modjahedin.

Die Stärke Conrad Schetters liegt in den Bereichen der ethnologischen und kulturellen Geschichte Afghanistans (18-28). Seine politische Geschichte ist von Detailverliebtheit und Langatmigkeit gekennzeichnet. Er orientiert sich an einer afghanischen Geschichtsschreibung, die eher eine Geschichte von „unzähligen Herrschern“ (51ff.) ist und bei der die Lage der Bevölkerung unerwähnt bleibt. Dem Anspruch von Geschichte als einer Wissenschaft, die die Entwicklung einer Gesellschaft und deren Gesetze zu behandeln hat, wird die Darstellung nicht gerecht.

Auch auf das Lieblingsmärchen aus der Zeit des Kalten Krieges, daß Rußland über das afghanische Territorium zum „warmen Meer“ gelangen wolle, mag Conrad Schetter

nicht verzichten (55). Es handelt sich dabei um eine Fälschung des Testaments von Peter dem Großen, die immer noch weiter verbreitet ist. Russen und Briten hatten sich längst über ihre Einflussbereiche verständigt. Ein Vordringen Rußlands zum Indischen Ozean hätte unweigerlich zu einem Zusammenprall beider Mächte geführt. Selbst als die sowjetische Marine mit ihren U-Booten längst im Indischen Ozean operierte, wurde diese für die Propaganda bestens geeignete Parole weiter aufrecht erhalten.

Im Zusammenhang mit der Gründung des afghanischen Staates im Jahr 1747 beruft sich Conrad Schetter auf „das großartige Werk von Mountstuart Elphinstone“ (48). Ein Fehler Elphinstones, eines Briten, der sich 1809 in Kabul aufgehalten hat, wird dabei zum Faktum erhoben. Dieser hatte behauptet, daß Ahmad Schah siegreich nach Qandahar einmarschiert wäre und die Macht übernommen hätte. Tatsache ist jedoch, daß Ahmad Schah ein Kompromisskandidat der mächtigsten Stämme war, die sich nicht auf einen Herrscher aus ihren Reihen einigen konnten. Ahmad Schah gehörte zu einem unbedeutenderen Stamm und konnte deshalb den mächtigen Stämmen nicht gefährlich werden. Außerdem versprach er ihnen absolut freie Hand bei den Steuereinnahmen. Gerne hätte man auch gewußt, warum Ahmad Schah mehrfach Indien überfallen, verwüstet und zum Teil ausgeraubt hat?

Conrad Schetter schreibt, wie es in vielen Büchern unkritisch geschieht, von „anglo-afghanischen Kriegen“ (55, 63), die es in der Tat in der ge-

schilderten Art nie gegeben hat, handelte es sich dabei doch um britische Überfälle und Kolonialkriege gegen Afghanistan.

Interessant dargestellt ist dagegen die Innenpolitik des grausamen Despoten Abdul Rahman (1880-1901), der durch seinen Isolationismus das Land zu Grunde gerichtet hat. In seiner Außenpolitik degradierte er Afghanistan zu einem britischen Protektorat und im Durand-Vertrag vom 12. November 1893 stimmte er der Abtrennung von ca. 190.000 qkm mit ca. 9 Millionen Einwohnern im Osten und Süden des Landes (Paschtunistan und Belutschistan) vom afghanischen Staatsgebiet zu Gunsten der britischen Kolonialmacht zu; dieser Vertrag verursacht bis heute eine Dauerkrise zwischen Afghanistan und Pakistan. Sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik des Despoten Habubullah, Sohn und Nachfolger von Abdul Rahman, wurde zum Hemmnis für eine Modernisierung des Landes. Dies war der Hauptgrund für die Entstehung der „Jungafghanen“, und nicht der Kampf gegen den „britischen und russischen Imperialismus“ wie Conrad Schetter annimmt (73). Sicher spielte auch die außenpolitische Unabhängigkeit von britischer Bevormundung eine wichtige Rolle. Für König Amanullah (1919-1929) als Repräsentant dieser Bewegung hatte diese Frage die höchste Priorität. Als er diese schriftlich einforderte, begannen die Briten am 3.5.1919 erneut einen Krieg gegen Afghanistan. Von einer „afghanischen Kriegserklärung“ (74) ist dabei nur in der pro-britischen Historiographie die Rede.

Amanullah wurde Opfer seiner über-

hasteten Reformpolitik und von den Briten mit der Unterstützung der afghanischen konservativen Geistlichkeit, vor allem der Modjadadie (heute würde man sie Islamisten oder Modjahedin nennen) gestürzt (75). Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es laut Conrad Schetter zur Demokratisierung (81). Daß es sich dabei nur um eine Pseudoliberalisierung gehandelt hat, wird an Folgendem deutlich: Als einige Abgeordneten der legendären 7. Legislaturperiode (1949-1951) über die US-Kredite von der Regierung Rechenschaft verlangten, wurden sie verhaftet. Damit endete das „Liberalisierungsexperiment“. Schon die seit 1964, aber auch die mit der Ausrufung der Republik 1973 versprochenen Reformen wurden nicht eingelöst. Im Gegenteil, Präsident Daud ließ die Führung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans verhaften. Dieser Partei gehörten die Offiziere an, die ihn an die Macht gebracht hatten. Somit hat er selbst den Aufstand im April 1978 provoziert. Die neue Regierung schloß einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der Sowjetunion. Die sowjetischen Intervention Ende 1979 hatte dabei weniger mit „der Breschnew-Doktrin“ (99) als vielmehr damit zu tun, daß die Modjahedin bereits sechs Monate vor der Intervention von der CIA unterstützt wurden. Dies hat der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates in seinen Memoiren zugegeben, und wurde vom Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, in einem Interview mit Le Nouvel Observateur am 21. Januar 1998 (S. 76) bestätigt. „Darüber hinaus war es ungläubwürdig, dass (Prä-

sident) Amin die Sowjets zu Hilfe rief“ meint Conrad Schetter (101). Streng vertrauliche Dokumente aus dem Archiv der Kommunistischen Partei der Sowjetunion belegen hingegen eindeutig, daß die afghanische Führung insgesamt 21 mal um Hilfe ersucht hat, darunter auch mehrfach unter Amin (vgl. Baraki: Kampffeld Naher und Mittlerer Osten, Heilbronn 2004, S. 39f.). Die Verzögerung der Intervention hing mit der Stationierung von US-Raketen – Pershing II und Cruise Missile – in Europa im Rahmen des „NATO-Doppelbeschlusses“ zusammen. Danach wurde der Afghanistan-Konflikt internationalisiert, was eine nicht wieder gut zu machende Zerstörung des Landes, Militarisierung und Brutalisierung des gesamten Lebens und eine Flüchtlingswelle großen Ausmaßes zur Folge hatte: „Bereits 1983 gab es in Pakistan 339 Flüchtlingscamps, in denen jeweils nur eine Widerstandsgruppe das Sagen hatte.“ (105) Hervorzuheben wäre aber, dass dort die Islamisten ideologisch geschult, nach dem Terrorhandbuch der CIA ausgebildet, durch Petrodollars und Mitteln aus dem Waffen- und Rauschgifthandel finanziert, und diese Camps zur Geburtsstätte des islamischen Fundamentalismus und Terrorismus wurden, mit dem wir es heute weltweit zu tun haben. Der Mohnanbau in den von den Modjahedin kontrollierten Teilen Afghanistans nahm (103) hier seinen Anfang, und die Unterdrückung der Frauen wurde perfektioniert (105). Für eine politische Lösung des Konfliktes, die seitens der afghanischen Regierung versucht wurde, gab es keinen Raum mehr (106-116). Mit der Kapitulation

der afghanischen Führung 1992 begann der inner-afghanische „Bruderkrieg“, der die Hauptstadt Kabul „in Schutt und Asche legte“ (119). Die Folgen für Afghanistan waren allerdings viel weitreichender: Die Modjahedin haben das gesamte Land zerstört, seiner Infrastruktur beraubt bzw. buchstäblich alles bis zur letzten Schraube abmontiert. Afghanistan wurde den afghanischen Wölfen überlassen.

Als in Mittelasien und dem Kaukasus gigantische Erdöl- und Gasvorkommen in die Reichweite westlicher Konzerne rückten, interessierten sich die US-amerikanischen und saudischen Energie-Konzerne UNOCAL und Delta Öl für Afghanistan (125). Damit war die Geburtsstunde der Taleban und die Vertreibung der Modjahedin gekommen. Osama Ben Laden als Freund und Förderer der Taleban stand hoch im Kurs. Aber die Taleban haben ihre „historische Mission“, Afghanistan vollständig zu kontrollieren, um Bedingungen für eine sichere Pipeline von Mittelasien zum Indischen Ozean zu schaffen, nicht erfüllt.

Der Krieg gegen sie wurde mit dem 11. September begründet (136), jedoch war er schon längst beschlossen. Mitte Juni 2001 informierte die Bush-Administration die pakistanische Regierung darüber, daß ein Krieg gegen das Taleban-Regime vorbereitet werde. Mit der Beseitigung der Talebanherrschaft übernahmen die USA faktisch die Macht in Afghanistan. Die jüngsten Ereignisse seit dem Krieg gegen Afghanistan 2001 werden nur oberflächlich wiedergegeben (136 ff.). Jedoch bleibt festzuhalten, dass eine „Pe-

tersberger Konferenz“, eine Ratsversammlung „Loya Djerga“ oder andere Wahlen, von der New York Times als „billiges amerikanisches Theater“ bezeichnet, an den realen Machtverhältnissen nichts ändern. In Kabul herrscht Präsident Karzai unter Führung des US-Botschafters Zalmay Khalilzad, jedem Minister wurde ein US-Amerikaner beigeordnet, soweit er selbst kein US-Bürger ist. Wann jedoch aus „Kabulistan“ Afghanistan wird, kann niemand voraussagen. Militärische Voraussetzungen dafür wurden bereits geschaffen. Seit Herbst 2002 wurden in verschiedenen Teilen des Landes „Provincial Reconstruction Teams“ eingerichtet (139). Worin deren Ziel besteht, nämlich in der Unterwanderung der Herrschaftsbereiche der „Warlords“, steht bei Conrad Schetter allerdings nicht. Es wird auch nicht beschrieben, weshalb die von der UNO 2001 beschlossene „International Security Assistance Force“ (ISAF) zum Schutz der Kabuler Administration seit Juni 2004 unter NATO-Kommando steht; damit soll die langfristige Besetzung des gesamten Landes eingeleitet werden: „2006 ist Afghanistan unter Nato-Kontrolle“ (Nato-Botschafter Hikmet Cetin, in: die tageszeitung, 10. 12. 2004).

Daß die Zukunft Afghanistans wieder einmal „nicht im Lande selbst, sondern in den Schaltzentralen der Macht in New York, Washington“ usw. entschieden wird (S. 145), läßt wahrlich nichts Gutes erwarten.

Matin Baraki

Das Weltkapital als Zerfallsprozess

Robert Kurz, Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Edition Tiamat, Berlin 2005, 480 Seiten, 18,- Euro

Nun hat auch Robert Kurz seine Analyse der Globalisierung vorgelegt. In dem relativ späten Zeitpunkt sieht der Autor einen Vorteil, denn „das gibt Gelegenheit, im Kontext einer Realanalyse der fortgeschrittenen Globalisierung die bisherige Debatte darüber darzustellen und einer notwendig polemischen Kritik zu unterziehen“ (8). Im Klartext heißt das: Kurz nimmt zu allem und jedem ausführlich Stellung. Vom Bauern Bové über das Konzept der „Metropol-Region“ bis zur Simulation von Marktbedingungen im „Profitcenter“-Konzept. So liefert er dem Leser eine Reihe nicht uninteressanter Informationen, bläht aber gleichzeitig sein Werk unverhältnismäßig auf. Ein Effekt, den auch sein Polemik genanntes, sprachliches Kettensägenmassaker hat. Die für Leser der bisherigen Schriften von Kurz keineswegs überraschende zentrale These läßt sich in einen Satz fassen: „Globalisierung ist [...] nichts anderes als ein eskalierender Krisenprozeß, in dem das Kapital, gestachelt von der mikroelektronischen Revolution, von seinen eigenen inneren Widersprüchen davonläuft und diese sich dadurch nur um so schärfer entfalten, seine eigene innere Schranke sich ihm nur um so unerbittlicher entgegenstellt.“ (59) Im Kontext der Globalisierung gibt es sowohl für die soziale Praxis als auch für die kriti-

sche Theorie eine grundsätzlich veränderte Situation. Die „Gemeinsamkeit der historischen Schranke von traditionellem Marxismus und kapitalistischer Weltgesellschaft verweist darauf, daß die bisherige linke Gesellschaftskritik sich selbst noch im Gehäuse kapitalistischer Kategorien bewege“ (19), was bedeutet, daß die „neuen sozialen Bewegungen“ eine immense Aufgabe haben: „Die radikale Kritik selbst (muß) neu erfunden werden.“ (20) Ein Anspruch den Kurz selbstverständlich nicht einlöst, da diese in reaktionären Zeiten immer wieder gern verwandte Phrase nur Ausdruck eines an den Zeitläuften leidenden Voluntarismus ist und völlig ignoriert, daß gesellschaftswissenschaftliche Theorien nicht erfunden, geschweige den neuerfunden werden.

Kurz konstatiert eine „historische Demoralisierung der Linken“, die für ihn „in eins (fällt) mit dem Ende kapitalistischer Entwicklungsfähigkeit, mit der absoluten inneren Schranke der Kapitalverwertung“ (372). Nicht erkannt zu haben, daß es sich „beim Kampf um internationale Marktanteile nicht mehr um eine Schnäppchenkonkurrenz zwecks Realisierung zusätzlicher Mehrwerts innerhalb einer aufsteigenden Bewegung, sondern um eine wechselseitige Vernichtungskonkurrenz innerhalb einer rapide absteigenden Bewegung“ (84) handelt, „ist das Resultat der linken Phobie vor dem Gespenst der ‚Zusammenbruchstheorie‘“ (231). Dieser Vorwurf macht bezogen z. B. auf die Regulationstheorie und ihre deutschen Popularisierer durchaus Sinn, doch zeigt Kurz selbst in seinen Analysen des Kapitalexports, des Fi-

nanzkapitals, der „Blasenökonomie“ etc., daß es zur Zusammenbruchstendenz zahlreiche und gewichtige gegenläufige Prozesse gibt. Ohnehin impliziert die Expansion des Kapitals immer die Zerstörung von Kapital und damit das Hinausschieben der inneren Schranke, weshalb von einer „absoluten inneren Schranke“ nicht die Rede sein kann. Naturgemäß ist das Kapital an einer Steigerung der Profitrate und einer Kürzung der Reallöhne und der Sozialausgaben interessiert. Was Kurz dabei nicht sieht, ist, daß größere Erfolge des Kapitals bei der Kürzung von Reallöhnen und Sozialausgaben nur denkbar sind unter Bedingungen einer langandauernden Massenarbeitslosigkeit, die die Arbeiterbewegung nachdrücklich demoralisiert. Sein denunziatorisches Wort vom „Arbeiterbewegungsmarxismus“ macht deutlich, daß er sowohl die historische Entwicklung der letzten Jahrzehnte als auch den Klassencharakter des von ihm als „modernes warenproduzierendes System“ bezeichneten Monopolkapitalismus nicht begriffen hat. Für Kurz existieren objektive ökonomische Gesetze, das Kapital und Individuen. Wenn letztere guten Willens sind, d.h. eine „bewußt emanzipatorische Perspektive“ haben, dann ist noch Rettung möglich. Ansonsten droht jenes „sekundäre Tierreich des Menschen“, „das schon von Anfang an in der Logik und Dynamik der kapitalistischen Moderne angelegt war. Der Zerfallsprozeß der Ökonomie ist stets auch ein Zerfallsprozeß der Politik: der unlösbare Widerspruch entläßt sich Haßideologien, religiösem Wahn, Terror, Massakern und ziellosen Bürgerkriegen. Am Ende wird

auch der Weltmarkt als solcher von der Walze der sozialökonomischen Zerstörung überrollt. Die Globalisierung erstickt sich selbst.“ (112) Apokalyptische Visionen haben schon immer den Blick auf die gesellschaftliche Realität verstellt und kaum als brauchbare Analysen getaugt. Der Hauptgrund für das Überleben des Kapitalismus scheint doch in der fehlenden Korrespondenz zwischen objektivem Prozeß und subjektivem Handeln zu liegen, denn der Kapitalismus hat heute ein Stadium verschärfter innerer Widersprüche und Spannungen erreicht, daß seine Aufhebung eigentlich viel weiter fortgeschritten sein müßte. Statt dessen gibt es eine Fortdauer doppeldeutiger Kompromisse, die die Mystifikation verstärken, da sie sich „fortschrittlich“ geben, während sie in Wirklichkeit die Schutzwälle der alten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sind. Weil das bewußte Handeln des Proletariats und die reale Bewegung der objektiven Widersprüche nicht zusammenfallen, kann der Kapitalismus immer neue provisorische Lösungen, Anpassungsmechanismen und Kompromisse über die zunehmende wechselseitige Durchdringung von politischer Macht und ökonomischen Strukturen finden. Das geschieht vor allem durch das staatliche Instrumentarium, dessen die herrschende Klasse sich bedienen kann. Die Staatsintervention trägt einerseits dazu bei, die Verflechtung von Politik, Ökonomie, Gesellschaft und Kultur, welche den „historischen Block“ Basis-Überbau ausmacht, komplizierter zu machen, und sie führt andererseits dazu, die politische Macht in den sozialen

Strukturen selbst zu verankern. Hinzu kommt, daß die kapitalistischen Verhältnisse nicht nur sich selbst, sondern auch die Mystifikationen des Bewußtseins reproduzieren. Und davon sind auch „kritische Kritiker“ nicht ausgenommen.

Karl Unger

Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Eva Müller, Marxsche Reproduktionstheorie. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, VSA Verlag, Hamburg 2005, 160 S., 16,50 €

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der heutigen bürgerlichen Volkswirtschaftslehre. Sie ist ein Zahlenwerk, mit dem ökonomische Prozesse in einer Volkswirtschaft für eine zurückliegende Periode – etwa den Verlauf eines Jahres – quantitativ dargestellt werden.

Mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird versucht zu zeigen, wo das Sozialprodukt entsteht, wie es mittels der Finanzen verteilt und umverteilt wird und welchem Verwendungszweck es letztlich dient.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vom Statistischen Bundesamt vorgenommen. Die ermittelten Daten bilden eine der Grundlagen für die Beurteilung des Marktgeschehens, für Analysen der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung sowie für Prognosen des Wirtschaftswachstums. Wirtschaftspolitische Maßnahmen und Entscheidungen beruhen nicht zuletzt mit auf den statistischen Aussa-

gen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Es erhebt sich die Frage, welche ökonomische Theorie, welche theoretischen Erkenntnisse liegen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde? Inwieweit spiegelt sie die tatsächlichen Vorgänge und Abläufe in einer Volkswirtschaft wider? Dieser Frage geht Eva Müller – einst Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Karl-Marx-Universität Leipzig – in ihrer Schrift nach.

In der von Eva Müller verfassten Arbeit wird die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unter zweierlei Gesichtspunkten unter die Lupe genommen: einmal aus der Sicht der heute vermittelten Volkswirtschaftslehre und zum anderen aus der Marxschen Produktions- und Reproduktionstheorie. In beiden theoretischen Konzeptionen bildet vom Begriff her das Produkt den Ausgangspunkt der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In der Volkswirtschaftslehre ist es das Sozialprodukt, und in der Marxschen Ökonomischen Theorie ist es das gesellschaftliche Gesamtprodukt.

Das gesellschaftliche Gesamtprodukt besteht nach der Marxschen Reproduktionstheorie in stofflicher und Wertform. Stofflich setzt es sich aus Produktionsmitteln (hergestellten Maschinen, Werkzeugen, Anlagen, Material etc.) und Konsumtionsmitteln zusammen. Wertmäßig teilt sich das gesellschaftliche Gesamtprodukt in das konstante Kapital C und in den Neuwert N.

Die Marxsche Theorie erklärt im einzelnen, wie im Produktionsprozess durch die Arbeit das Gesamtpro-

dukt sowohl stofflich als auch wertmäßig entsteht. Durch die konkrete Arbeit entsteht das Gesamtprodukt in stofflicher Form. In einer warenproduzierenden Gesellschaft überträgt sie zugleich Wert, und zwar Wert von Produkten vorangegangener Produktionsperioden, Wert, der in früheren Jahren geschaffen worden ist. Im gesellschaftlichen Produkt verkörpert dieser Wertteil das konstante Kapital C. Durch die abstrakte Arbeit wird dem Gesamtprodukt Neuwert ($N = v+m$) hinzugefügt, so dass der Gesamtwert des Jahresprodukts aus den Wertteilen $c+v+m$ besteht.

In Gegenüberstellung zur Marxschen Reproduktionstheorie, in der die Werttheorie integraler Bestandteil, ist, packt Eva Müller in ihrer Schrift die gegenwärtige Volkswirtschaftslehre an einer ihrer empfindlichsten Schwachstellen. Diese Wirtschaftstheorie kennt keine Werttheorie. Sie lässt bei der Bestimmung des Gesamtprodukts den durch die konkrete Arbeit übertragenen Wert außer Acht. Sie kennt außer den Abschreibungen (c_{fix}) keinen Wertteil c (zirk), d.h. zirkulierendes konstantes Kapital.

Folglich weist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im Gesamtprodukt auch keine Summe für den Produktionsverbrauch aus. „Es wird streng vermieden, die Abschreibungen und die Vorleistungen, den Verbrauch an Material, Energie und Dienstleistungen in einer Summe zusammenzufassen.“ (12) Das Gesamtprodukt des Jahres (das Bruttoinlandsprodukt) wird dem Endprodukt (Konsumtionsmittel sowie langfristige Investitionsgüter) gleichgesetzt, während die Zwischenprodukte, die zwei Drittel der volkswirtschaftlichen Ge-

samtproduktion eines Jahres ausmachen, nicht zum tatsächlich erzeugten Gesamtprodukt gehören. Es drängt sich hier ein Vergleich mit der von Adam Smith (1723-1790), einem der Väter der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie und Begründer der marktwirtschaftlichen Theorie, vorgenommenen Analyse des „Jahresprodukts“ auf. In dieser Analyse fehlt letztlich ebenfalls der Wertübertrag von Produkten vorangegangener Jahre. Im Wert des Jahresprodukts ist nur das Quantum der verausgabten Jahresarbeit enthalten.

Die von Adam Smith vor über 200 Jahren vorgenommene Wertrechnung des Jahresprodukts, in der der Jahreswert nur aus $v+m$ besteht, auch als Dogma von Adam Smith bezeichnet, hat erstaunlicherweise bis auf den heutigen Tag überlebt. In der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung findet es eine gewisse Entsprechung. Das Dogma von Adam Smith wurde von Marx im Kapital, zweiter Band, auseinander genommen und widerlegt. Wie Marx kritisch anmerkte, vermochte Smith nicht den zwiespältigen Charakter der Arbeit zu unterscheiden, weshalb er auf Grund dessen den *Produktionswert* ($c+v+m$) mit dem Wertprodukt ($v+m$) verwechselte. Marx schreibt: „Durch diese Verwechslung manipuliert A. Smith den konstanten Wertteil des Jahresprodukts hinweg.“¹ Diese Argumentation von Marx ist heute noch gültig. Eva Müller weist überzeugend nach, dass bei der Berechnung des Sozialprodukts das konstante Kapital, der Wertüber-

¹ Karl Marx, Das Kapital, Zweiter Band, MEW Bd. 24, S. 376.

trag von Produkten vorangegangener Jahre ebenfalls, „hinweg manipuliert“ wird.

In ihrer Schrift deckt Eva Müller aus der Sicht der Marxschen Produktions- und Reproduktionstheorie eine weitere Schwäche in der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf: die Erklärung der Herstellung und Verteilung des gesellschaftlichen Produkts, die Umwandlung der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital in neue Produkte.

Nach der Marxschen Theorie werden die Einzelprodukte wie das gesellschaftliche Gesamtprodukt durch die konkrete Arbeit im Arbeitsprozess geschaffen. Die Arbeit selbst wird als ein Prozess verstanden; als ein Prozess zwischen Mensch und Natur, in dem der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert.²

In der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre ist dagegen die Arbeit ebenso wie das Kapital und der Boden ein Produktionsfaktor. Durch die Kombination dieser Faktoren im Produktionsprozess entsteht ein Produkt bzw. Gut, das letztlich dem Endverbrauch dient. Arbeit, Kapital und Boden werden hier gleichrangig behandelt. Das Lebendige, die Arbeit, wird mit toten Gegenständen gleichgesetzt. Es wird negiert, dass nur der Faktor Arbeit, die lebendige Arbeitskraft in der Lage ist, die anderen Produktionsfaktoren zu kombinieren. Nur die lebendige Arbeit kann die tote, die Arbeitsmittel, zu neuem Leben erwecken.

Dem in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre gebräuchlichen Begriff des Produktionsprozesses haftet weiterhin der Mangel an, dass die Arbeitsgegenstände, die Rohstoffe, Halbfabrikate, das Material, das eigentlich zum konsumreifen Gut umgewandelt wird, kein Produktionsfaktor sind. Sie sind lediglich Vorleistungen (31/32).

Durch die Gleichsetzung der drei Produktionsfaktoren – Marx bezeichnete sie als „Trinitarische Formel“ – werden die wesentlichen Unterschiede zwischen ihnen verwischt. Der Produktionsfaktorentheorie zufolge bilden alle drei Faktoren Einkommen: das Kapital den Profit und Zins, die Arbeit den Arbeitslohn und der Boden die Grundrente. Auf diese Art und Weise wird legitimiert, dass sowohl die Arbeitenden als auch die Eigentümer an Kapital und Grund und Boden gleiche Rechte bei der Aneignung und Verteilung von Einkommen besitzen.

Das gesellschaftliche Gesamtprodukt ebenso wie das Sozialprodukt besteht aus einer Vielzahl von Gütern und Dienstleistungen, die ihrer stofflichen Natur nach völlig unterschiedlich sind und demzufolge nicht addiert werden können. Damit ihre Addition möglich ist, müssen sie auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, und dieser Nenner ist der Preis.

Eva Müller widmet bei der Darstellung der Marxschen Reproduktionstheorie und der Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung den Preisen und ihrer Bildung große Aufmerksamkeit. Sie zeigt detailliert, was der Preis ist, welchen Stellenwert er für das Funktionieren einer

² Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW Bd. 23, S. 192.

Volkswirtschaft hat und auf welchen theoretischen Grundlagen die Auffassungen vom Preis in der Marxschen Reproduktionstheorie und in der gegenwärtigen Volkswirtschaftslehre beruhen.

In der Marxschen Reproduktionstheorie sind die Preise Geldausdruck des Wertes der Waren. Der Wert einer Ware verkörpert geronnene, abstrakte Arbeit; Arbeit, die frei ist von der konkreten Form, in der sie verausgabt wurde. Diese in jeder Ware enthaltene abstrakte Arbeit macht die verschiedenen Gebrauchswerte quantitativ vergleichbar und damit addierbar. Die Größe des Wertes ist in Arbeitszeit messbar, deren Maßstab Tage oder Stunden sind.

Anders dagegen in den heute vorherrschenden Wirtschaftstheorien. Sie gehen von einem Gleichgewichtspreis aus. Er bildet sich heraus, wenn sich Angebots- und Nachfragekurven schneiden. In der Angebotskurve werden die Produktionsbedingungen widergespiegelt, und sie zeigt, wie der mögliche Preis von der angebotenen Menge abhängt. In der Nachfragekurve erscheinen die Konsumtionswünsche, und diese beeinflussen den möglichen Preis durch die nachgefragte Menge. Nach Eva Müller beruht die Auffassung vom Gleichgewichtspreis auf einem Kompromiss zwischen der Arbeitswerttheorie und der Nutzenstheorie. Dieser Kompromiss unterstellt allerdings Voraussetzungen, die es – wie sie nachweist – in der Wirklichkeit nicht gibt. Die nähere Betrachtung der Gleichgewichtspreise zeigt, dass die ihr zugrunde liegenden Theorien auf äußerst wackligen Füßen stehen.

Das gesellschaftliche Gesamtprodukt wie das Sozialprodukt vollziehen in ihrer Bewegung einen Kreislauf. Dieser Kreislauf ist durch die Phasen Produktion, Zirkulation, Verteilung und Konsumtion gekennzeichnet. In ihrer Schrift erläutert Eva Müller jede Reproduktionsphase ausführlich; sie zeigt ihren Platz im Gesamtprozess der Reproduktion.

Im Abschnitt über die Warenzirkulation als Reproduktionsphase stellt sie interessante Überlegungen über den Markt und seine Bestimmung an, ebenso über Zirkulationsschleifen (ein von ihr neu eingeführter Begriff), die es gestatten, den volkswirtschaftlichen Zirkulationsprozess detaillierter zu beschreiben. Interessant sind ebenfalls ihre Ausführungen über die Steuerung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. Während in den ehemals sozialistischen Ländern der Versuch gescheitert ist, die Wirtschaft von der Produktion aus mit Hilfe des Plans zu steuern, hat sich in den marktorientierten Wirtschaften die Regulierung von der Zirkulation aus, d.h. über den Markt bewährt.

Angesichts der Bedeutung, die die Warenzirkulation für eine marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung hat, ist es wenig verständlich, dass die statistischen Daten zur Warenzirkulation als Phase des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses spärlich sind, und, wie Eva Müller feststellt, diese Phase in der gegenwärtigen Wirtschaftstheorie keine Rolle spielt. Es sei in diesem Zusammenhang nur angemerkt, dass sich im ökonomischen Hauptwerk von Karl Marx, im Kapital, der zweite Band ausschließlich mit der Untersuchung des Zirku-

lationsprozesses des Kapitals beschäftigt.

In der gesellschaftlichen Reproduktion ist die Distribution eine der entscheidenden Phasen. Nach Marx bestimmt die Distribution das Verhältnis (das Quantum), worin die Produkte an das Individuum fallen.³ Damit die hergestellten Produkte zu ihren Verbrauchern gelangen, müssen sie *verteilt* werden. Die Werteigenschaft der Produkte, die durch den Preis und das Geld ausgedrückt und damit sichtbar gemacht wird, macht es möglich, unterschiedliche Gebrauchswerte nicht nur miteinander zu vergleichen und zu tauschen, sondern auch zu verteilen. In der Distributionsphase ist das Geld als verselbständigte Form des Wertes das Hauptinstrument bei der Verteilung der Produkte.

Auf Grund ihrer Relevanz im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess und nicht zuletzt wegen ihrer Bedeutung für die sozialen Belange der Menschen widmet Eva Müller fast ein Drittel ihrer Schrift den wirtschaftlichen Abläufen in der Distribution und deren Widerspiegelung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Ausführlich werden die Entstehung der verschiedenen Einkommen, die Gliederung der primären und der End Einkommen, die Umverteilung der Einkommen über den Staat, die Banken, Finanzmärkte, den Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Wirtschaftsdienstleister“ sowie zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern und ihre Widerspiegelung in der volkswirtschaftlichen Ge-

samtrechnung beschrieben. Aus dem vielfältigen Zahlenmaterial der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Verteilungsprozesse und Quellen von Einkommen sichtbar gemacht, die sonst im Verborgenen bleiben. Dieser Abschnitt der Schrift ist auch aus geldtheoretischer Sicht von Interesse. Auch hier wird gezeigt, dass die gegenwärtige Volkswirtschaftslehre der Marx'schen Wert- und Geldtheorie nichts Gleichwertiges entgegen zu setzen hat.

Die Reproduktionsphase Konsumtion schließt den volkswirtschaftlichen Kreislauf der Produkte und des gesellschaftlichen Gesamtprodukts ab. Die Konsumtion selbst wird in der Schrift von Eva Müller als Prozess dargestellt, der durch Lagerung, Gebrauch als Nutzung und Verbrauch als Vernichtung der Produkte gekennzeichnet ist. Die Konsumtion kann produktiver Natur sein (Verbrauch von Produktionsmitteln), und sie kann individuell sein, d. h. Verbrauch von Konsumtionsmitteln. In der gegenwärtigen Volkswirtschaftslehre wird die Konsumtion auf die individuelle Konsumtion beschränkt. Insofern bleibt die produktive Konsumtion, die nur der Verbrauch von Vorleistungen ist, außerhalb des Interesses der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Wie in den vorangegangenen Abschnitten wird auch hier im Zusammenhang mit der Reproduktionsphase Konsumtion aus der Sicht der Marx'schen ökonomischen Theorie eine Reihe Fragen behandelt, die eine originelle Antwort erfahren. So setzt sich Eva Müller z. B. mit dem in der Volkswirtschaftslehre gebräuchlichen Begriff der Nützlichkeit auseinander; es erfolgt eine Bestim-

³ Vgl. Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858, Berlin 1953, S. 11

mung des Nationalreichtums – hier ist die Darstellung des Wechselverhältnisses von nützlichen und schädlichen Gütern, auch als „negativ Produkte“ bezeichnet – im Bestand des Nationalreichtums von Interesse. In den Tabellen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Niveau und Struktur der Konsumtion der unterschiedlichen Einkommensbezieher ausgewiesen. Leider wird zu wenig statistisches Beweismaterial dafür angeführt, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht.

Der letzte Abschnitt der Schrift beschäftigt sich explizit mit den Marx'schen Reproduktionsschemata sowie mit den Input-Output-Tabellen, denen die Marx'schen Erkenntnisse über den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess zugrunde liegen.

Die Reproduktionstheorie von Marx, die im 2. Band des Kapital enthalten ist, zählt zu den herausragendsten Leistungen des menschlichen Denkens. Friedrich Engels⁴ wies darauf hin, dass dieser Band dem Leser sehr viel abverlangt und dass er den deutschen Vulgärökonomien stets ein Buch mit sieben Siegeln bleiben werde. „Die brillanten Untersuchungen dieses Buches II,“ schrieb er, „und ihre ganz neuen Ergebnisse auf bisher fast unbetretenen Gebieten sind nur Vorsätze zum Inhalt des Buches III, das die Schlussergebnisse der Marx'schen Darstellung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auf kapitalistischer Grundlage entwickelt.“

Anhand der Marx'schen Reproduktionsschemata wird in diesem Abschnitt ausführlich dargestellt, wie sich die einzelnen Wertbestandteile c , v und m des gesellschaftlichen Gesamtprodukts im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess bewegen und wie durch den Austauschprozess zwischen den Produkten der Abteilungen I und II das gesellschaftliche Gesamtprodukt sich sowohl bei einfacher als durch erweiterter Reproduktion realisiert.

Die Input-Output-Tabellen, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Anwendung finden, – erstmalige 1925 in der UdSSR durch den Ökonomen Wassili Leontief – beruhen auf Erkenntnissen der Marx'schen Reproduktionstheorie.

Die Marx'sche Reproduktionstheorie stand oft im Blickpunkt des Interesses theoretischer Diskussionen und Auseinandersetzungen. Bereits der junge Lenin beschäftigte sich mit ihr und führte sie in seiner Polemik mit den russischen Ökonomen Tugan-Baranowski und Bulgakow ins Feld. Auch in den ökonomischen Schriften von Rosa Luxemburg nimmt die Marx'sche Reproduktionstheorie einen wichtigen Platz ein. Eva Müller setzt sich mit den Irrtümern auseinander, die der Reproduktionstheorie von Rosa Luxemburg zugrunde liegen.

Ein Resümee zur Schrift von Eva Müller lässt den Schluss zu, dass die Marx'sche ökonomische Theorie auch heute noch von hoher Aktualität ist. Mit ihrer Hilfe können komplizierte ökonomische Zusammenhänge transparent gemacht und das Wesen ökonomischer Erscheinungen bloßgelegt werden: „... die ganze Auffassungs-

⁴ Friedrich Engels, Vorwort (zum zweiten Band des Kapitals), in: MEW Bd. 24, S. 26.

weise von Marx ist nicht eine Doktrin, sondern eine Methode. Sie gibt keine fertigen Dogmen, sondern Anhaltspunkte zur weiteren Untersuchung und die Methode für diese Untersuchungen.“⁵

Horst Richter

Politische Ökonomen

Alexander Nützenadel, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005, 427 S., 49,90 Euro

Der Autor informiert über die im ersten Vierteljahrhundert in der Bundesrepublik herrschenden Volkswirtschaftslehren: Wie sich der Ordoliberalismus etablierte, wie er als herrschende Wirtschaftslehre durch den Neokeynsianismus abgelöst wurde und wie dieser schließlich in Misskredit geriet und sich die Aufmerksamkeit der Ökonomen der Angebotsökonomie, dem Neoliberalismus, zuwandte. Doch Nützenadel hat keine Dogmengeschichte der Bundesrepublik geschrieben. Ihn interessiert die Rolle der Auffassungen von Ökonomen in der (Wirtschafts-)politik. Das Verbindungsglied zwischen beiden sind „Experten“, jene Wirtschaftswissenschaftler, die die Regierung berieten bzw. selbst im Wirtschaftsbereich Regierungsämter übernahmen.

Nützenadels Arbeit ist also zwischen Dogmengeschichte und Wirtschafts-

geschichte angesiedelt. Schon dadurch ergibt sich manche überraschende Sicht auf bereits mehr oder weniger bekannte Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik, wie die Entstehung des Godesberger Programms, das Zustandekommen der großen Koalition 1966 oder die „Gürzenich-Affaire“, das erste ernsthafte Zerwürfnis zwischen Adenauer und Erhard. Dem Leser wird vor Augen geführt, in welchem Maße traditionell vor allem politikgeschichtlich eingeordnete Ereignisse in der Wirtschaftsentwicklung begründet und wirtschaftspolitisch dominiert waren. Werner Abelshausers bereits 1983 geäußerte Auffassung, „dass den westdeutschen Staat nichts stärker geprägt hat als seine wirtschaftliche Entwicklung“, findet in Nützenadels Publikation einmal mehr ihre Bestätigung.

In den Beziehungen zwischen Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern sieht der Autor während des von ihm analysierten Zeitraums von 25 Jahren nicht nur ein (sich wandelndes) Verhältnis, sondern er erkennt auch eine nachvollziehbare Entwicklungslinie: An einige Vorläuferinstitutionen der Weimarer Republik anknüpfend entstand eine Expertenkultur, die im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewann und sich, nach dem gescheiterten Versuch, in den 50er Jahren einen Bundeswirtschaftsrat zu gründen, im 1963 gebildeten „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ auf Bundesebene zentral institutionalisierte. In den 60er und Anfang der 70er Jahre manifestierte sich dieser Trend dann in immer neuen Beratungsorganen, ein Trend, der sich auch dann

⁵ Engels an Werner Sombart in Breslau, London, 11. März 1895, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Über Das Kapital, Briefwechsel, Berlin 1985, S. 471

fortsetzte, als Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre die in die „Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik“ gesetzten großen Hoffnungen an den Realität einer sich als nicht als vorher-sagbar erweisenden Wirtschaftsentwicklung zerstoßen.

Nützenadels Buch gerät nicht zu einer bundesdeutschen Nabelschau. Immer wieder wird auf Einflüsse von außen rekurriert, nicht nur auf die – zögernde – Aneignung der in den USA und Großbritannien bereits heimischen Ökonometrie, Konjunkturbeobachtung und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch die Wirtschaftswissenschaftler der Bundesrepublik, sondern auch den Einfluss von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung in Nachbarländern auf Westdeutschland. Frankreichs Versuch, die Planifikation zum wirtschaftlichen Planungsinstrument der europäischen Gemeinschaft zu machen (und die bundesdeutschen Reaktionen darauf), werden von Nützenadel ebenso zum Gegenstand der Betrachtung gemacht wie die Wirtschaftsreform der DDR in den 60er Jahren, bekannt geworden unter der Abkürzung NÖS.

Nützenadels Buch ist, im Unterschied zu mancher Geschichte und auch Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik, nicht mit einem Blick zurück von der Gegenwart aus geschrieben. Dadurch war es dem Autor möglich, im gebührenden Umfang auf Phänomene einzugehen, die man aus heutiger Sicht geneigt ist, in ihrer Bedeutung herunterzustufen oder ganz zu ignorieren. Dazu gehört die Angst vor einer Wiederholung der Weltwirtschaftskrise von 1929-1933, die bei jeder kleineren Konjunktur-

flaute während Boomperiode der 50er und 60er Jahre auftauchte. Dazu gehört auch die von Wirtschaftsexperten seit Mitte der 50er Jahre wiederholt geäußerte Befürchtung, es könne der DDR gelingen, die Bundesrepublik wirtschaftlich einzuholen oder sogar zu übertreffen, und die Charakterisierung der ökonomischen Entwicklung in der DDR als „zweites deutsches Wirtschaftswunder“.

Nützenadel verschweigt nicht, dass die Beziehungen zwischen den als Beratern agierenden Wirtschaftswissenschaftlern und den Politikern nicht immer von wechselseitiger Übereinstimmung oder Achtung gekennzeichnet waren. Eine Frage, die er nicht stellt, ist die, inwieweit Politiker versucht haben, Berater zu manipulieren, um ihren – machtpolitisch motivierten – Entscheidungen in Wirtschaftsfragen einen wissenschaftlichen Anspruch zu geben. Aber vielleicht gehört das erst in eine spätere Etappe der Wirtschaftsberatung der Bundesregierung, die noch aufzuarbeiten ist – wofür der Autor, das hat er durch seine exzellente Studie bewiesen, die besten Voraussetzungen mitbringt.

Jörg Roesler

Problem Regierungsbeteiligung

Edeltraut Felfe, Erwin Kischel, Peter Kroh (Hrsg.), Warum? Für Wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung. Schkeuditz, GNN Verlag, 2005, 350 S., 15,- Euro

Mit realistischen und kritischen Analysen und Einschätzungen zur Regierungsbeteiligung der PDS in Meck-

lenburg-Vorpommern behandeln die Autoren dieses Bandes ein Thema, das bekanntlich in der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur kontrovers diskutiert wird, sondern auch in der Politik in umstrittener Weise seine praktische Umsetzung fand und findet. Eingeleitet mit einem Geleitwort von Hans Modrow und einem Vorwort der Herausgeber enthält der Band 14 Beiträge, vier Interviews und ein Anhang mit Dokumenten und Tabellen.

Das Anliegen ist nicht nur darauf gerichtet, die verfügbaren Erfahrungen zu beurteilen. Zum aktuellen Streitpunkt hat das hoffnungsvolle Wahlergebnis der Linkspartei.PDS vom 18. September 2005 das Problem der künftigen Beteiligung an Regierungen werden lassen. Während prominente Vertreter in der Fraktion der Partei sogar eine Regierungsbeteiligung an der Seite der SPD auf Bundesebene für das Jahr 2009 in Erwägung ziehen, lehnen zahlreiche Mitglieder der Partei selbst, aber vor allem Vertreter der WASG, gerade in Hinblick auf den angestrebten Zusammenschluß mit der Linkspartei.PDS, schon die Beteiligung an Landesregierungen entschieden ab. Das Berliner Beispiel ist hierbei besonders brisant.

Den Herausgebern und Autoren geht es vor diesem Hintergrund weder, wie das heute im Umfeld der PDS bzw. Linkspartei gelegentlich der Fall ist, um Rechtfertigung von Regierungsbeteiligungen, noch um deren prinzipielle Ablehnung, sondern um eine Bilanz der Vorteile und der Nachteile, der Möglichkeiten und Grenzen, um die generellen Bedin-

gungen einer Regierungsbeteiligung auf Länderebene. Was müßte dafür der Maßstab sein? „Beteiligungen einer sozialistischen Partei an Landesregierungen in der Bundesrepublik müssen dazu beitragen, soziale und politische Kräfte gegen Marktradikalismus, Sozialabbau, Militarisierung und neofaschistischen Einfluß in der Gesellschaft zu aktivieren und zu bündeln. Sie sollen das Veränderungspotential der Partei und ihren Einfluß in der Gesellschaft stärken und so darauf hinwirken, programmatische Ziele der Partei zu verwirklichen.“ (so die Hrsg., S. 300)

Als Quintessenz aus den Beiträgen überwiegen ernsthafte Bedenken in Bezug auf die von der PDS deklarierte „Gestaltungsfähigkeit“ der Partei in Regierungsverantwortung unter den heute gegebenen Bedingungen. Zwar läßt sich in Programmen Gestaltungsfähigkeit der Partei in Regierungsverantwortung mit kapitalismuskritischer oder gar antikapitalistischer Opposition in Einklang bringen, in der Praxis fehlen dafür jedoch überzeugende positive Beispiele.

Die Erkenntnisse und Urteile im Buch beschränken sich nicht allein auf Mecklenburg-Vorpommern. Ein genereller historischer Überblick (Heinz Niemann), Beiträge über das Tolerierungsmodell von Sachsen-Anhalt (Bernd Krause) und zur Regierungsbeteiligung in Berlin (Ellen Brombacher und Carsten Schulz) bieten Antworten auf die Frage nach den Bedingungen und Ergebnissen von bisherigen – auch internationalen – Regierungsbeteiligungen systemkritischer Parteien. Aufgrund der historischen Erfahrungen lassen sich vor allem drei Motivationen system-

tragender Parteien feststellen, systemkritische Parteien „ins Boot zu holen“: *Erstens*: Die bürgerliche Regierung befindet sich in der Krise und bedarf zur Stabilisierung der Ordnung der Paralyseierung bzw. der Einbindung der Gegenkräfte. *Zweitens*: Eine auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung stehende Partei (in den meisten Fällen eine sozialdemokratische) will die Regierung stellen und braucht dazu eine Juniorpartei, die ihr die parlamentarische Mehrheit verschafft. Und schließlich *drittens*: Eine linke, anti-kapitalistische Partei will man in die ökonomischen und politischen Zwänge des bestehenden Herrschaftsmechanismus einbeziehen, um sie zu zähmen und zu „entzaubern“. Nicht selten wirken alle drei Motivationen gleichzeitig.

Das wirft eine weitere Frage auf: Was vermag eine sozialistisch-kommunistische Partei, wenn sie sich in Regierungsverantwortung befindet? Hierauf ist weder eine eindeutig positive noch eine eindeutige negative Antwort möglich. Die Antwort, die die Autoren geben, verdeutlicht die Ambivalenz dieses Problem, dem sich eine sozialistische Partei in einer solchen Situation nicht entziehen kann. Mit ihrer konstruktiven Regierungsarbeit vermochte die PDS die dem traditionellen Antikommunismus in der BRD entspringende politische Isolierung zu überwinden und als demokratische Partei anerkannt zu werden, was nicht unterschätzt werden darf. In Regierungsverantwortung war es der PDS ohne Zweifel möglich, in einigen konkreten Fällen soziale Härten neoliberaler Politik zu mildern und sogar einige soziale Verbesserungen durchzusetzen. Das aber

wurde und wird in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen als gezwungenermaßen die Teilhabe der PDS-Minister an der rigiden Haushaltspolitik auf Kosten bisheriger sozialer Standards. Es existiert eben unter den gegebenen Bedingungen eines ungünstigen Kräfteverhältnisses und wirtschaftspolitischer Zwänge ein unüberbrückbarer Widerspruch zwischen Anspruch und Realisierungschancen. In Mecklenburg-Vorpommern konnten „neoliberale Entwicklungen ... auf einigen, wenigen Politikfeldern aufgehalten und alternative politische Ansätze erprobt werden – wie auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik. Gleichwohl verhinderten objektive Rahmenbedingungen ihre dauerhafte und nachhaltige Umsetzung“. (B. Schwesb, S. 109) Noch schärfer formuliert A. Schönburg: „Das Argument, durch die Teilnahme an der Regierung schlimmeres verhindern zu wollen, ist letzten Endes Selbstbetrug. Ich kann nicht erkennen – auch die Wähler und Wählerinnen können es nicht –, daß sich durch die Regierungsbeteiligung das Leben in Mecklenburg-Vorpommern wesentlich anders, besser als zu Zeiten einer CDU-Regierung gestaltet hätte.“ (S. 243) Bekanntlich hat die Beteiligung der PDS an den Landesregierungen vor allen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin erhebliche Verluste an Mitgliedern und Wählerstimmen eingebracht.

Der geschichtliche Überblick über die Erfahrungen in europäischen Ländern bietet keine Beispiele, wo linke, sozialistisch-kommunistische Parteien infolge ihrer Beteiligung an bürgerlichen Regierungen einen Zuwachs an Mitgliedern, Anhängern und Wählern er-

zielt hätten. In den meisten Fällen, so in Frankreich und Italien auf nationaler Ebene ebenso wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern auf Länderebene, ist es jeweils zum Verlust an Anhängerschaft und Einfluß gekommen.

Den Autoren geht es also nicht um eine grundsätzliche Ablehnung von Regierungsbeteiligungen der Linkspartei.PDS. Es sei zwar „kein neues Thema, aber ein Thema, welches stets neu zu diskutieren ist“. Wenn die Partei in Landesregierungen einen Politikwechsel durchsetzen möchte, sei „zu prüfen und auszuloten, welche Spielräume auf Landesebene“ dafür überhaupt bestehen. (Modrow, S. 7,10). Ein entscheidendes Moment ist dabei, wie – am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns – die Partei die Interessen ihrer Anhängerschaft politisch zu vertreten in der Lage ist. In Bezug auf die Wirkung von Hartz IV verneint Peter Kroh eine solche Möglichkeit, indem er eine „sichtbare Divergenz zwischen den Interessen der ‚kleinen Leute‘ und der Politik des PDS“ konstatiert, denn Hartz IV sei „eine aktuelle Erscheinungsform des Klassenkampfes ‚von oben‘... Die PDS im MV ist daran letztlich objektiv beteiligt“. (S. 23, 28)

Eine überzeugende und anspruchsvolle Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Funktionsmechanismen des heutigen neoliberalen Kapitalismus – wie man sie leider in Wahl- und Parteiprogrammen vermißt – bieten Edeltraut Felfe und Gerd Friedrich in ihrem Beitrag zu den „Bedingungen, unter denen die PDS in Mecklenburg-Vorpommern mitregiert“. In Anbetracht der dramatisch veränderten Rahmenbedingungen politischen Handelns infolge von Globa-

lisierung, Konkurrenzkampf auf den liberalisierten Märkten, der Massenarbeitslosigkeit usw. habe die Politik aufgrund der Verteilungsprobleme nur folgende Möglichkeiten: Begrenzung des Wachstums der Sozialleistungen mit der Senkung des Lebensniveaus als Folge, Erschließung neuer Einkommensquellen durch höhere Sozialabgaben und höhere Steuern, Umverteilung von Haushaltsmitteln zugunsten der überproportional steigenden Sozialausgaben. (S. 50 f.) Ihr Fazit lautet: „Gesamtgesellschaftliche Kapitalherrschaft in neuer Dimension, marktdiktierte Transformationsprozesse der bürgerlichen Staatsmacht, weitere neoliberale Ausrichtung der EU und der Bundespolitik, weitgehende Unterwerfung der Gewerkschaftsführungen unter diesen Kurs und fehlende Mobilisierung von Gegenkräften sowie landesspezifische Bedingungen bestimmen in MV ein Kräfteverhältnis, das einen Politikwechsel oder gar die Etablierung eines linkssozialistischen Projekts durch Regierungsbeteiligung der PDS gegenwärtig nicht zuläßt.“ (S. 83)

Einen Überblick über den „Weg in die Koalition“ der PDS in Mecklenburg-Vorpommern gibt Birgit Schwesb. Sie gelangt zu dem Schluß, daß die PDS, die 1998 mit dem Anspruch auf Politikwechsel in die Koalition mit der SPD eingetreten ist, dieses Ziel nicht erreicht hat. Selbst die Massenarbeitslosigkeit zu verringern, wie es das allererste Ziel war, gelang nicht. (S. 108) Das Problem der Arbeitslosigkeit sowie entsprechende Konzepte der Landes-PDS, sie zu verringern, wird im Beitrag von Barbara Borchardt ausführlich behandelt, ausgehend von der Feststellung, daß Er-

werbsarbeit zum würdevollen Leben und zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben gehört.

Der Wunsch der PDS, durch Mitregieren die Verhältnisse sozialpolitisch zu gestalten und der Erosion des Gemeinwesens entgegenzuwirken, ist Gegenstand des Beitrags von Torsten Koplín. Es werde sichtbar: „Kapitalistische Marktmechanismen entfalten Wirkungen, die durch politisches Handeln innerhalb der bestehenden Verhältnisse nur bedingt veränderbar sind. Der Veränderungswille einer Landesregierung wird durch ökonomische Strukturen und bundesrechtliche Rahmen begrenzt.“ (S. 129) Als Beispiele untersucht er das Gesundheitswesen, die Kindertagesstätten, die kommunale Selbstverwaltung. Dem schließen sich folgerichtig kritische Beiträge von Erwin Kischel über PDS-Regierungsbeteiligung und Kommunalpolitik, von Eckhard Ribitzki über das Schulwesen, von Gerhard Bartels über Hochschulpolitik an. Wolfgang Dietrich befaßt sich mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus aus der Regierungsperspektive, Marko Ferst mit der Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern.

Wertvoll ist der internationale geschichtliche Überblick Heinz Niemanns über Sozialisten in Regierungen. Ausführlich geht er auf die Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, der italienischen Kommunisten, weniger ausführlich auch auf die der französischen Kommunisten ein. Bis auf zwei kleine Anmerkungen kann man diesem Überblick als Bereicherung des ansonsten auf Landespolitik zugeschnittenen Buches zustimmen. Die Sachkenntnis des Rezensenten gebietet es, eine Korrektur

und einen Einwand geltend zu machen: Togliatti hat sein „Jalta-Memorandum“ im August 1964, kurz vor seinem Tode (nicht 1956) verfaßt. (S. 292) Nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 hatte er hingegen sein berühmtes Interview mit der Zeitschrift „Nuovi argomenti“ gegeben. Und eingedenk des Wesens und der ihm zugrunde liegenden Motivationen ist das Scheitern des sogenannten Eurokommunismus schwerlich in einen Zusammenhang mit der „Fokussierung auf ein Mitregieren“ der Italienischen KP zu bringen, und ist es ebenso gewagt, zu behaupten, in Gestalt des Eurokommunismus habe die IKP wegen des Strebens nach Regierungsbeteiligung „unverzichtbare theoretisch-weltanschauliche Positionen“ aufgegeben. (S. 296)

Harald Neubert

Lebendige Arbeitspolitik

Richard Detje/ Klaus Pickshaus/ Hans-Jürgen Urban (Hrsg.), Arbeitspolitik kontrovers, VSA-Verlag, Hamburg 2005, 212 Seiten, € 16,80

Neoliberales Denken und Handeln dominiert schon länger das betriebliche und außerbetriebliche Umfeld gewerkschaftlicher Politik. In der Vergangenheit erkämpfte tarif- und betriebspolitische Fortschritte geraten immer mehr unter Druck. So auch die Standards „guter Arbeit“, die durch längere Arbeitszeiten, zunehmenden Leistungsdruck und ein generelles Infragestellen humanisierungspolitischer Errungenschaften mehr und mehr ausgehöhlt werden. „In dieser Situation“, so einleitend die Herausgeber, „wird in jüngster Zeit in den Gewerkschaften wieder intensiver

darüber nachgedacht und diskutiert, welche strategischen und praktischen Ansätze aus dieser Defensive herausführen könnten.“ (8) Zu dieser längst überfälligen Debatte will das vorliegende Buch beitragen. Hintergrund ist eine arbeitspolitische Tagung, die im Sommer 2005 im IG Metall-Bildungszentrum in Sprockhövel stattfand. Die dortigen Referate und Diskussionen waren Ausgangspunkt und Anregung für die Beiträge der Autorinnen und Autoren des vorliegenden Sammelbandes.

Das Buch gliedert sich in drei Teile und fragt zuerst: „Wer beherrscht die Unternehmen?“ Th. Sablowski thematisiert in diesem Kontext die „Handlungskonstellationen im Shareholder-Kapitalismus“. (15-27) Er skizziert knapp wesentliche Strukturelemente, die den gegenwärtigen Kapitalismus in der BRD kennzeichnen (Globalisierung der Finanzmärkte mit Übergang von bankdominierten zu marktorientierten Finanzsystemen sowie Bedeutungszuwachs institutioneller Kapitalanleger und verstärkte Orientierung der Unternehmen an kurzfristiger Profiterzielung). Die Frage, ob hieraus als Konsequenz eher stärker konfliktorientierte Arbeitsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Management erwachsen oder ob dem nicht der Fall sei, läßt Sablowski offen. Den Gewerkschaften empfiehlt er als Perspektive zunächst das Ausloten taktischer Handlungsspielräume, die möglichen Interessensdifferenzen etwa zwischen Management und Aktionären entspringen könnten. Grundsätzlich hält er es jedoch für erforderlich, „zunächst die Interessen der Beschäftigten unabhängig von den Anforderun-

gen der Kapitalverwertung zu bestimmen ... Wenn die Gewerkschaften von vornherein die Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Betriebs, Unternehmens, der Branche oder Volkswirtschaft zum Bezugspunkt ihres Handelns machen, werden sie aus der Defensive nicht herauskommen.“ (26)

B. Haas macht in einem konzentrierten Beitrag („DAX-Unternehmen: Unterlasser statt Unternehmer“; 28-38) auf drohende Konsequenzen aufmerksam, die aus der immer stärkeren Ausrichtung der Unternehmen am Prinzip des Shareholder-Value resultieren. Kurzfristig hohe Renditen, erzielt durch rückläufige Investitionen im operativen Bereich und durch Beteiligungsverkäufe unter dem Schlagwort „Konzentration aufs Kerngeschäft“, unterminieren die Innovationsfähigkeit sowie den langfristigen Fortbestand der Unternehmen und werden so zu einer Gefahr für die Arbeitsplätze. „Aus Sicht der IG Metall ist es deshalb zur langfristigen Unternehmenssicherung notwendig, dass in den Aufsichtsräten der Unternehmen die Diskussion über ein solches Investitionsverhalten und dessen mögliche Nachteile offensiv geführt wird. Es ist wichtig, dass die Debatte um Desinvestitionen und Konzentration auf das Kerngeschäft von gewerkschaftlicher Seite aufgenommen wird.“ (37)

Im Hauptteil des Buches finden sich acht Beiträge, die mögliche „Spielräume für ‘innovative Arbeitspolitik’ und ‘gute Arbeit’“, zu erkunden beabsichtigen.

M. Schumann („Arbeitspolitik im Umbruch – Zwischen Abwehrkämp-

fen und Offensivstrategien“; S. 41-53) plädiert für eine anti-tayloristische Arbeitspolitik, die eine „mit den wirtschaftlichen Zielsetzungen des Unternehmens kompatible humangerechte Arbeitsgestaltung“ (42) herbeiführen soll. Indem es ihm mit seinem Konzept der innovativen Arbeitspolitik auch „um die Entwicklung nachhaltiger Unternehmensstrategien (geht), die der Wirtschaft und der Industrie am Standort Deutschland eine Zukunft sichern“ (52), nimmt er implizit Bezug auf die vorangehend von B. Haas entwickelten Überlegungen. Nicht unwidersprochen kann Schumanns Einschätzung der Ausweitung des VW-Projekts „Auto 5000“ auf die zukünftige Geländewagenproduktion im Wolfsburger VW-Werk bleiben, die er zu einfach als Positivbeispiel innovativer Arbeitspolitik anführt.

Ausgangspunkt seiner Darstellung zum „Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik“ (54-72) ist für D. Sauer die sich immer stärker durchsetzende „marktzentrierte Produktionsweise.“ (55) Diese führe u. a. zu einer veränderten gesellschaftlichen Organisation der Arbeit mit den Hauptmerkmalen „Entsicherung und Flexibilisierung“ sowie „Selbstorganisation und Subjektivierung von Arbeit.“ (56) Die Differenzierungen in der Erwerbslandschaft fokussiert Sauer auf drei zentrale Problemfelder (Prekariisierung, [Re-]Taylorisierung und Subjektivierung). Die hieraus erwachsenden Gestaltungsoptionen bilden den Kern der aktuellen innergewerkschaftlichen Kontroverse zur „innovativen Arbeitspolitik“. Sauer räumt einer „Arbeitspolitik, die sich noch Einflußchancen auf die qualita-

tive Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ausrechnet“ (65), kaum noch Chancen ein. Er fordert ein neues, situationsadäquates Vorgehen (eine „eigensinnige Arbeitspolitik“; [65]), das er in wesentlichen Elementen vorstellt. Sauer entwirft eine erfrischende Alternative zur Tristesse der aktuellen, die Abwärtsspirale bestenfalls verzögernden tarif- und betriebspolitischen gewerkschaftlichen Abwehrkämpfe.

K. Dörre zeichnet ein differenziertes Bild von Ausmass und Folgen prekärer Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse („Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik“; 73-103), die „in den aktuellen arbeitspolitischen Debatten weithin unterschätzt“ (73) würden. Er zeigt, dass „Prekarsierung kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft“ ist, weil sie „eine allgemeine subjektive Unsicherheit (bewirkt), die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht.“ (87) Die Folgen für die Durchsetzung innovativer Arbeitspolitik seien fatal, weil infolge der dauerhaft existenten Bedrohung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze sowohl prekär als auch (noch) nicht prekär Beschäftigte „für eine Arbeitspolitik ‘jenseits des Lohns’ kaum zu gewinnen“ (88) seien. Dörre entwickelt anschließend richtungsweisende Orientierungen einer „Politik der Entprekariisierung“, die eines langen Atems bedürfe.

„Probleme und Perspektiven einer arbeitspolitischen Entwicklungsstrategie“ benennt P. Oehlke in seinem knappen, konzentrierten Beitrag. (104-111) Er verweist u. a. auf die Unabdingbarkeit einer gesellschafts-

politischen Perspektive autonomer Strategieansätze wie des IG Metall-Projekts „Gute Arbeit“. Ein solches, über den betrieblichen Tellerrand hinausgreifendes Vorgehen, bedürfe beispielsweise frauen- und familienpolitischer oder ökologischer Zielsetzungen sowie betriebs- und branchenübergreifender Aktivitäten und Vernetzungen. Dies würden etwa die „nordischen Aktivitäten“ zeigen: „Die norwegischen, schwedischen und jüngst finnischen Erfolgsgeschichten sind nur vor dem Hintergrund institutioneller Integrationsformen und solidarischer Mobilisierungsprozesse in sich ausbreitenden Entwicklungscoalitionen zu verstehen.“ (110)

Dass die zunehmend marktzentrierte Steuerung von Unternehmen die betriebspolitischen Aktionsfelder nicht nur einengen, sondern gleichzeitig neue Handlungs- und Bündniskonstellationen eröffnen, ist die These von F. Iwer und H. Wagner („Grenzen der Vermarktlichung“, 112-124). Sie versuchen, die Stichhaltigkeit ihrer These beispielhaft zu demonstrieren (anhand der widerspruchsbehafteten Umsetzung zentraler Gewinn- und Planungsvorgaben vor Ort in den einzelnen Werken sowie an „Standortvereinbarungen“, die nicht nur Nachteile für die Beschäftigten, „sondern in vielen Fällen [...] ein neues Niveau der Beeinflussung von Betriebs- und Unternehmenspolitik“ [121] realisieren würden). Wenn hier auch reale Interventionschancen identifiziert werden, die es tunlichst zu nutzen gilt, erscheint es doch mehr als fraglich, ob daraus ein Baustein für „ein neues integriertes gewerkschaftliches Handlungskonzept“

(123) entwickelt werden kann.

R. Gehring hält es für erforderlich, aktuelle arbeitspolitische Forschungsergebnisse im Licht der „je spezifischen Bedingungen und (...) Interessen der Akteursgruppen im Feld Betrieb“ (136) für die gewerkschaftliche Praxis anwendbar zu machen („Gewerkschaftliche Arbeitspolitik – Für den Mut zum Nichtidentischen in Forschung und Praxis“, S. 125-136). Zur Konkretisierung dieser „Bedingungen“ und „Interessen“ beschreibt er die von ihm als einschlägig erachteten Merkmale „Funktion der Gewerkschaft für das Mitglied“ und „Betriebsgrößenstruktur.“ (130ff.) Offen bleibt allerdings die Frage, welche praktischen Vorzüge dieser Ansatz für die Umsetzung innovativer Arbeitspolitik im Betrieb letztlich hat.

„‘Gute Arbeit’ als neuer strategischer Ansatz“: unter diesem Titel stellt K. Pickshaus das seit September 2004 zu den zentralen Vorhaben im IG Metall-Arbeitsprogramm gehörende Projekt „Gute Arbeit“ vor. (137-146) Herausgearbeitet wird der Bezug zu früheren arbeitspolitischen Ansätzen („Humanisierung der Arbeit“), wobei Pickshaus betont, dass „eine heutige arbeitspolitische Initiative inhaltlich neu entworfen werden“ (138) müsse. Sie habe sich drei aktuellen arbeitspolitischen Herausforderungen zu stellen: der „Entgrenzung“ von Arbeitszeit und Leistungsanforderungen, demographischen Entwicklungen, die eine altersgerechte und lernförderliche Arbeitsgestaltung erfordern sowie der rasant wachsenden Prekarität von Beschäftigung. Indem Pickshaus auch die politisch-strategische Stoßrichtung als „Wider-

standskonzept“, „Interventionschance“ und „Zukunftskonzept“ (144f.) skizziert, verweist er auf die mehr als nur arbeitspolitische Dimension, die in der „Guten Arbeit“ stecken kann.

Einen betrieblichen Erfahrungsbericht zum Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und für verbesserten Gesundheitsschutz am Beispiel eines Kraftwerkbaubetriebes erstatten W. Alles und U. Belz. („Alstom Mannheim: Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau und Engagement für gute Arbeit“; 147-157) Sie schildern u. a., wie es in einem langwierigen Prozess gelang, nach der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes (1996) im Jahr 2001 erstmals in einem Metallunternehmen der BRD eine umfassende Gefährdungsanalyse für alle Arbeitsplätze durchführen. Die außerordentlich hohe Resonanz in der Belegschaft und die Vielzahl durchgesetzter Verbesserungen führt die Autoren zu einer durchweg positiven Einschätzung der geschilderten Aktivitäten.

In den vier Beiträgen zu Teil III des Buches wird neben der betriebs- und tarifpolitischen auch die übergreifende gesellschaftspolitische Ebene zwecks Aufspüren von Feldern und Eckpunkten einer arbeitspolitischen Offensivstrategie der Gewerkschaften unter die Lupe genommen.

D. Wetzel („Tarif aktiv – besser statt billiger“; 161-171) stellt die im IG Metall-Bezirk NRW verankerte „Mitgliederorientierte Offensivstrategie“ vor, die sich auf drei vorrangige Handlungsfelder konzentriert: die „Modernisierungs- und Innovationsoffensive ‘besser statt billiger’“, die „Stärkung gewerkschaftlicher Organisationskraft“ sowie „Tarif aktiv“.

(162) Einerseits werden hierdurch auch sinnvolle betriebliche Initiativen angestoßen bzw. unterstützt. Andererseits sind die politischen Grenzen einer Orientierung, der es nur noch um „Vorteile für unsere Mitglieder und positive Mitgliederentwicklung“ (162) geht, offenkundig.

Eine Einbettung des vorrangig betriebspolitischen Ansatzes „besser statt billiger“ in weiterreichende politische Konzepte hält A. Schild in seinem knappen und prägnanten Text für erforderlich. „‘Besser statt billiger’ darf nicht als Ersatz für gewerkschaftliche Alternativstrategien zur Wirtschafts-, Beschäftigungs, Sozial- und Gesellschaftspolitik gedacht werden.“ (177) Schild fordert „eine Restrukturierung und Repolitisierung unserer betrieblichen Gewerkschaftsarbeit“ (176), für die er bedenkenswerte Anregungen gibt.

J. Peters beschreibt „Innovative Arbeitspolitik vor den Herausforderungen globaler Wettbewerbsfähigkeit“. (178-187) Er zieht eine überwiegend negative arbeitspolitische Gesamtbilanz, die er ursächlich mit shareholder-orientierter Unternehmenspolitik, staatlicher Arbeitsmarktpolitik („Hartz IV“) und unzureichender öffentlicher Förderung innovativer arbeitspolitischer Programme in Zusammenhang bringt. Peters gewerkschaftsstrategische Schlußfolgerungen beziehen sich auf drei zentrale Problemfelder: 1. „Re-Politisierung der Auseinandersetzung um zumutbare Arbeitsbedingungen“ (183), 2. Erhalt von Tarif- und Sozialstandards sowie 3. eine die innovative Arbeitspolitik flankierende Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auch europaweiter Koordinierung bedürfe.

Der Beitrag von H.-J. Urban („Wege aus der Defensive“; 182-212) steht außerhalb des arbeitspolitischen Rahmens des Sammelbandes. Er müßte erst noch auf die Durchsetzungserfordernisse und -möglichkeiten innovativer Arbeitspolitik heruntergebrochen werden. Urban geht es um die generelle „strategische(n) Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik“. (188f.) Als „Schlüsselziele“ sieht er: Korrektur der Machtverschiebungen im Kapital-Arbeit-System; Rückgewinnung gewerkschaftlichen Einflusses in den politischen Arenen; organisationspolitische Stabilisierung und „mediale Profilierung“ der Gewerkschaften. Dabei dürfe das Projekt der Formierung eines „gegenhegemonialen Blocks“ durch Zusammenführung der Gegenbewegungen gegen den neoliberalen und neosozialdemokratischen Wirtschaftsliberalismus mit dem Ziel einer „Zivilisierung des neuen Finanz-Kapitalismus“ nicht aus den Augen verloren werden. Unklar bleibt dem Rezensenten die Relevanz von Urban's methodischem Ansatz der „Idealtypen gewerkschaftlicher Neuorientierung“ (188), sowohl im (von Urban nicht ausgeführten) arbeitspolitischen als auch im allgemeinen gewerkschaftsstrategischen Kontext.

Unter dem Strich überzeugt das Buch „Arbeitspolitik kontrovers“ durch seine Gedankenfülle und das vorbehaltlose Formulieren unterschiedlicher Positionen zum Thema; seinen Titel trägt es deshalb völlig zu recht. Einige Dopplungen wären sicherlich vermeidbar gewesen, weil die Analyse der aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ausgangsbedingungen innovativer Arbeitspolitik

in den Eingangsbeiträgen von Sablowski und Haas ausreichend dargestellt sind. In verschiedenen Texten in Teil II des Buches hätte deshalb der knappe Verweis auf die vorangehenden Beiträge genügt. Insgesamt bleibt zu hoffen, dass sich viele arbeitspolitisch interessierte und engagierte Menschen in Wissenschaft und Gewerkschaften in ihrem Denken und Tun von „Arbeitspolitik kontrovers“ anregen lassen.

Dietmar Düe